

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

53 (4.3.1914)

Seite 8.
d. H.
tag, abend
Jhr, 7619
sammlung
el Könige,
asse 14.
: 1. Bericht
ansvericht
tag d. Herrn
r., Preussen
8. Neuna
den. 4. Stal-
Generalver-
Mai zu Han-
chiedenes.
rgebnung.
eines Doppel-
Tullablag und
richtete Arbeiter
Dauerarbeit,
Zementarbeit
(Sofel und
784
arbeit
Material,
Material,
eyen,
it,
beit.
alare und Peis-
ein läßt sich
188 (Eingang
Nr. 96, 8. Stod
achholt werden
auch die Ange-
ttwoch, den
14, nachmit-
t entsp edigend
en, einzureichen.
28. Febr. 1914
chbau mt.
dt.
dtbad
Kurbäder
Fuss- und
der Dusch-
rkungen) und
Dampf- und
tenbilder etc.
nt: Montag
ch vormitt. 8
und Freitag
r. 7:52
t: „Alle
Sonntags
2 Uhr.“
tag godfnst.
de Quelle
u Anzeigen,
ieher v. 4.4
wie beste Ge-
in Schu-
an in dem W-
Geschäft von
Schap,
he Nr. 38.
zell-
chokolade
chste
el sind
arad
AG
Wassermann,
hon 637.

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 s, vierteljährl. 2,25 M; abgeholt monatl.
65 s; am Postschalter 2,10 M, durch den Briefträger 2,52 M vierteljährlich.
Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.
Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 s. Sozialistische
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Ein Erlass gegen Soldatenmiß- handlungen.

Der bayerische Kriegsminister hat einen Erlass gegen die Soldatenmißhandlungen herausgegeben, dessen Abicht und Wortlaut der allgemeinen Billigung gewiß ist. Man wird es besonders an diesem Erlass loben müssen, daß er sich nicht darauf beschränkt, direkte körperliche Quälereien zu verurteilen, sondern daß er sich im allgemeinen gegen die „unwürdige Behandlung von Untergebenen“ wendet, die, wie loyal gegeben wird, in Bayern „trotz vielfacher Erlasse des Kriegsministeriums noch keine genügende Einschränkung erfahren hat“. Bei der bevorstehenden Beratung des Militäretats im Reichstag wird sich Gelegenheit ergeben, die Frage aufzuwerfen, ob die vom bayerischen Kriegsminister gerügten Mißstände nur in Bayern ihre Verbreitung finden, und ob nicht vielleicht in Preußen ein ähnlicher Erlass noch nötiger wäre als dort. Zugleich wird man sich aber auch fragen müssen, wieviel mit solchen Erlassen überhaupt zu erreichen ist, und ob es nicht notwendig ist, das zugegebene Uebel mit tiefer greifenden Mitteln zu bekämpfen.

Der bayerische Erlass gesteht ein, daß seine zahlreichen Vorgänger nicht die Wirkung hatten, die man von ihnen erhoffte. Er beschränkt sich darum anerkennenswerter Weise nicht auf allgemeine Vermahnungen, sondern spricht deutliche genau formulierte Warnungen für die Schuldigen aus. Den Offizieren gegenüber, die es an der erforderlichen Selbstbeherrschung fehlen lassen, soll künftig jede unangebrachte Nachricht beiseite gelassen werden. Mit unumschriebener Strenge soll künftig gegen Vorgesetzte eingeschritten werden, die durch lässige Pflichtauffassung eine Mißhandlung trifft. Sie haben eine strenge Erörterung der Frage zu gewärtigen, ob sie sich überhaupt noch für ihre Stellung eignen. Ebenso wird den Unteroffizieren angeordnet, daß ihnen die Fortleitung der Kapitulation nicht mehr erlaubt werden soll, wenn sie sich eines Mißbrauchs der Dienstgewalt schuldig machen. Gesuche um Lösung von Strafvermerken wegen Mißhandlung sollen vom Kriegsministerium nicht mehr vertreten werden, und auf die Folgen dieser Strafvermerke für die Zivilverwaltung wird ausdrücklich hingewiesen.

Der Erlass schließt mit allgemeinen Betrachtungen, die jeder Sozialdemokrat nur unterschreiben kann. Die Verurteilung, daß durch ein strenges Vorgehen gegen die Mißhandlungen die Leistungen einer Truppe Schaden leiden könnten, wird für irrig erklärt. Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient der Satz:

Die Vorgesetzten aller Grade müssen sich bewußt sein, daß gerade durch eine üble Behandlung der Mannschaften der Armee die meisten Feinde entstehen und die Lust am Waffendienst verbodnen wird, während im andern Falle sich auch Leute zu brauchbaren Soldaten erziehen lassen, die mit einem Vorurteil zum Heere eingerückt sind.

Wenn es der bayerische Kriegsminister mit seinen Ausführungen ernst meint, dann kann er der Sozialdemokratie nur dankbar sein, daß sie durch ihre unermüdete Kritik in Parlament und Presse die in der Armee vorhandenen Mißstände bekämpft. Die Sozialdemokratie hat diesen guten Kampf freilich mit den ärgsten Verleumdungen und unzulässigen gerichtlichen Verurteilungen bezahlen müssen, dafür hat sie aber das Bewußtsein, daß die Besserung der Zustände, wo und inwiefern sie eingetreten ist, zum großen Teil auf ihr Verdienstkonto zu setzen ist.

Halten wir es fest: nicht der Abgeordnete oder der Journalist, der bestehende Mißstände kritisiert, sondern der militärische Vorgesetzte, der diese Mißstände verschuldet, ist es, der der Armee die meisten Feinde schafft. Und in die Schuld teilen sich die Behörden und Parteien, die diese Mißstände deden und beschönigen und ihre Kritiker durch gehässige Verfolgung zu entmutigen versuchen. Soweit sich der bayerische Erlass gegen die „gewöhnheitsmäßige Anwendung von Schimpfwörtern“ wendet, liest er sich wie eine direkte Polemik gegen neuere Auslassungen gewisser preußisch-konservativen Organe, die den „herzerlöschenden Ton“ militärischer Grobheit als festeste Säule der Disziplin feiern und die Kadernehobblüte als edelste Blüte preußisch-deutscher Kultur besingen.

Man erinnert sich in diesem Zusammenhang wohl auch unwillkürlich des berühmten echtpreußischen Nationalheros, des Obersten v. Neutter, der einen wehrlosen gefangenen Zivilisten mit den Worten anherrschte: „Sie Lump, nehmen Sie die Mütze ab, Sie stehen vor einem preußischen Oberst.“ Nach dem bayerischen Erlass dürfte ein solcher Mann eben nicht als Muster eines militärischen Vorgesetzten zu betrachten sein. Und doch ist der Oberst v. Neutter durch einen hohen Orden und eine Verleihung ausgezeichnet worden, die einer Beförderung gleichkommt.

Ein Erlass gleich dem bayerischen dürfte danach in Preußen zunächst nicht zu erwarten sein. Freilich hat es auch hier nicht an Erlassen gefehlt, aber sie alle haben das Uebel nicht an der Wurzel austrotten können. Denn solange der Soldat nicht das Bewußtsein hat, daß er bestraft ist, Angriffe auf seinen Körper oder auf seine Ehre sofort in anaemefener Weise abzuwehren, solange wird er

auch das wehrlose Objekt der militärischen Disziplin und Uebergriffen stets ausgezset sein. Als aber bei der Beratung der letzten Riesen-Militärvorlage im Reichstage die Sozialdemokratie einen diesem Grundgedanken entsprechenden Antrag auf Abänderung des Militärstrafgesetzes stellte, da blieb sie in der Abstimmung fast allein, und der einzige nationalliberale Abgeordnete, der mit ihr stimmte, wurde zum Ziel einer wüsten konservativen Preßbeize. Die Forderung, daß auch dem Soldaten erlaubt sein solle, was dem Offizier in übertriebener Weise zur Pflicht gemacht wird, die Wahrung seiner persönlichen Ehre, galt dem Kriegsminister und der Mehrheit des Reichstags als ein Versuch zur Untergrabung der militärischen Disziplin.

Eine Disziplin, die den Soldaten zur Preisgabe seines Selbstgefühls zwingt, ist weit entfernt von jenem „anständigen Geist“, der nach dem Wunsch des bayerischen Kriegsministers in der Armee herrschen soll. Und wenn durch eine papierne Verbotswort eine Recht des Untergebenen theoretisch proklamiert wird, das praktisch nicht besteht, so wird die Wunde damit bloß aufgedeckt, nicht geheilt. Solange man versucht, das Uebel durch Erlasse von oben zu kurieren, bleibt bei aller Anerkennung der guten Absicht, das Meer was es ist: ein Klassenheer. Erst wenn der Widerstand von unten gegen unwürdige Behandlung als berechtigt anerkannt wird, wird dieses Meer beginnen, ein wirkliches Volksheer zu sein.



Deutsche Politik.

Ein mißglückter Versuch.

Die „Kreuzzeitung“ ist entrüstet darüber, daß die Genossin Luxemburg anstatt in Sad und Mitleid Ruhe zu tun, ihre Freiheit benutzt, um mit „kruppeliger Ungeniertheit“ unter den Augen der Behörden zu agitieren. Aber noch schmerzlicher empfindet sie es, daß sich bis jetzt noch keine Möglichkeit geboten hat, ihr einen neuen Prozeß an den Hals zu hängen.

Ein Mitarbeiter des konservativen Organs, den scheinbar der staatsretterische Ruhm des Herrn Henrici aus Frankfurt keine Ruhe ließ, ist am Sonntag in die Steglitzer Versammlung gegangen, um die Verbrechen reden zu hören. Er weiß nun allerlei über ihr demagogisches Auftreten zu berichten, aber im Grunde ist er doch stark enttäuscht, denn Rosa Luxemburg hat, wie er schreibt, „mit unerhörtem Raffinement, die an Hochverrat, an Gotteslästerung grenzenden Tiraden und Schmähungen“ so zu verschleiern gewußt, daß sie dem Worte nach kriminell nicht zu fassen ist.

Der wadere Freund der „Kreuzzeitung“ ist also nicht auf seine Kosten gekommen. Um den Besuch der Versammlung aber doch einigermaßen nutzbar zu machen, richtet er folgenden Appell an die, die ihm politisch nahe stehen:

Warum ich Ihnen das widerliche Bild von dieser gefährlichsten Aufwieglerin an meinem Erlebnis so ausführlich schilderte? Es ist außerordentlich charakteristisch für das, was heute unter dem Schutze des Gesetzes, das keine das Volk vor maßloser Verheerung schützende Dämmungen zuläßt, geschehen kann: eine Verurteilung geht mit ihrem Urteilspruch lauzieren, läßt ihre Richter und wiegelt Lausende auf — als Märtyrerin! Die wenigsten von den unfrigen gehen in die sozialdemokratischen Versammlungen. Möge dieser Schulfall ihnen und mehr noch denen, die nicht alle werden, an „Mauerung“ und dergleichen zu glauben, endlich die Augen öffnen. Morgen sind die Rosa und ihr Rosenfeld zu gleicher Geharbeit in Vöckenberg fällig. Dasselbe Stück wird von Ort zu Ort theatermäßig gespielt. Wie lange noch?

Den Konservativen genügen also die Geize noch nicht, auf Grund deren die Strafkammer zu Frankfurt a. M. eine Frau, die in rhetorisch wirksamer Weise in den Herzen ihrer Zuhörer den Haß und die Abneigung gegen den Krieg entfachen wollte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilen konnte.

„Sparagues“ in freikonservativer Aufmachung.

Die von Eugen Richter geschaffene Figur der „Sparagues“ hat vor Jahren in der Agitation gegen die Sozialdemokratie eine große Rolle gespielt. Nachdem diese Episode längst in Vergessenheit geraten, feiert sie nun plötzlich — wenn auch in anderer Aufmachung — eine trüb-

liche Urständ. Die „Post“ befaßt sich nämlich mit dem Geburtenrückgang und tritt dabei dem „sozialdemokratischen Schwindel“ entgegen, daß Kinderreichtum die Verelendung der Familie im Gefolge habe. Und nun erzählt die „Post“ die folgende „Sparagneselei“:

„Eines Tages wird der Arbeiter müde, die Frau kann auch nicht mehr so arbeiten wie früher. Die Leutchen altern. Nächstens geht es zu Ende. An diesem Punkt des Lebens stellt sich eine Belohnung ein: die Kinder sind herangewachsen, sie beginnen die Stütze der Eltern zu werden. Marta ist erst 16, aber in der Fabrik bekommt sie schon 30 M. (In wieviel Wochen? D. S.) Fritz wird einmal ein tüchtiger Bautischler werden, er verdient mit seinen 19 Jahren schon 70 M. den Monat. (Wesh fürlicher Lohn!) Georg zwar, der unruhig veranlagt ist, will nicht recht ins Gleis kommen, auch hat er keine Stellung in seinem Beruf mehrfach gewechselt. Immerhin, wenn er sich dazu hält, kann er seine 100 M. zusammenschaffen. Und ist auch erst zwanzig alt. Ehly aber, die sehr geschickt ist und sich noch täglich fleißig weiterbildet, hat mit 22 Jahren den Posten einer Dreifreie in einer elektrotechnischen Fabrik inne und bringt am Monatschluß 150 M. heim. Bleibt noch Albert übrig, der nächstens eingeseget wird. Er wird seinen Weg schon machen. Den Eltern ist nicht bange darum.“

Der langen Rede kurzer Sinn ist der: eine große Kinderdarm ist eine Sparbüchse für das Alter. Diesen Unsinn ernsthaft widerlegen wollen, hieße ihm wirklich zuviel Ehre antun. Der verstorbene Scharfmacher „König“ Stumm war gewiß ein arger Reaktionär, wenn die „Post“ aber zu seinen Lebzeiten solchen Blödsinn geschrieben hätte, wäre er sicher a b e r m a l s zu der Frage gekommen: „Welcher Fiel hat denn das wieder geschrieben?“

Der Wahlkampf in Borna-Begau.

Dem alldeutschen Eisenfresser Liebert scheint die Sie geszuversicht beträchtlich gesunken zu sein, denn seine Mannen üben sich in allerhand Wahlmanövern, die dem Reichsverbandsgeneral das Mandat im 14. sächsischen Reichstagswahlkreis Borna-Begau am 17. März sichern sollen. So verbreiteten sie geflüstert die Behauptung, die Nationalalliberalen würden wie in Zerichow den Konservativen so auch in Borna-Begau den Liebert gleich im ersten Wahlgang unterstützen. Diesen Ausstreuungen tritt jetzt der Nationalalliberale Reichsverband mit einer Erklärung entgegen, die dem Vorstehenden des Nationalliberalen Vereins in Borna zugegangen ist. Diese Erklärung lautet:

„Es ist selbstverständlich ein unzulässiges und illoyales Verfahren, wenn ein Führer der dortigen konservativen Partei erklärt, daß die freikonservative Kandidatur auch von den Nationalalliberalen im Wahlkreise unterstützt würde. Soweit es sich dort um Mitglieder des nationalliberalen Reichsverbandes handelt, ist es selbstverständlich, daß diese, wie auch alle Mitglieder der nationalliberalen Partei, hinter der offiziellen Parteikandidatur des Herrn Landtagsabgeordneten Rische-Deuschlich stehen. Das ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß wir äußerst erstaunt darüber sind, daß die konservative Parteileitung zu einer solchen Irreführung der öffentlichen Meinung gelangen kann. Wir geben Ihnen gern die Art anheim, in der Sie von unsern Zeilen öffentlich Gebrauch machen wollen.“

Mit vorzüglicher Hochachtung
Nationalalliberaler Reichsverband Berlin.
(gez.) Fuhrmann.

Das bedeutet: Front gegen Liebert! Natürlich nur für den ersten Wahlgang. Denn daß die Nationalalliberalen wie überhaupt die Nationalliberalen in hellen Scharen zur Fahne Lieberts strömen, wenn es zur Stichwahl zwischen diesem und dem Sozialdemokraten kommt, ist selbstverständlich. Ist doch das Blut der Klassenzugehörigkeit hier als das Wasser politischer Differenzen.

Es geht auch ohne Strafe!

In Coimar im Elsaß waren zwei Rekruten vom Dragonerregiment bald nach ihrer Einziehung unerlaubterweise 12 Stunden vom Regiment entfernt geblieben. Der Rittmeister ging gegen die Rekruten nicht strafrechtlich vor. Er hatte sich deshalb wegen Vergehens gegen § 49 Militärstrafgesetzbuch zu verantworten. Das Gericht sprach den Rittmeister frei. Der Rittmeister begründete nämlich sein Verhalten damit, er habe gesehen, daß in solchen Fällen Milde am Platze sei. Der Regimentskommandeur trat dieser Auffassung sofort bei; neuingestellte Rekruten dürfe man nicht gleich so streng behandeln.

Gegen Militarismus und Krieg

und gegen das Urteil der Frankfurter Strafkammer demonstrierten am Sonntag die Arbeiter der westlichen Vororte Berlins in zwei überfüllten Versammlungen. Die Ausführungen der Genossin Luxemburg und des Genossen Rosenfeld fanden begeisterten Beifall. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es: Die Versammlung erklärt sich vollkommen eins mit den Ausführungen der Genossin Luxemburg gegen Militär und Krieg und gelobt, mit aller Kraft für die Weiterverbreitung dieser Ideen tätig zu sein. Insbesondere verpflichten sich die Versammelten, durch eifrige Werbearbeit die Organisationen der Arbeiter zu stärken und sie mit dem revolutionären Geist des wissenschaftlichen Sozialismus zu erfüllen.

Badischer Landtag.

Im Mittelpunkt der gestrigen Sitzung stand die Frage der badischen Gesandtschaft in München. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Blum erstattete den Kommissionsbericht, der keine neuen Momente für die Notwendigkeit der Gesandtschaft brachte.

Von unserer Seite wies Sen. Dr. Frank darauf hin, daß die Wähler die veränderte Stellung des Landtags zu dieser Frage nicht verstehen könnten. An Hand einiger interessanter Tatsachen beleuchtete unser Redner die Ueberflüssigkeit dieses Postens, bei dessen Aufrechterhaltung das Geld keine Rolle spielt.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung, Jusfizetat, wurde unsere Stellung durch eine sachkundige Rede des Genossen Frank präzisiert, in der die akuten Fragen des Straf- und Prozeßrechtes gründlich beleuchtet wurden.

39. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 3. März. Präsident Mohrbach eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Am Regierungstisch: Staatsminister v. Dusch und Kommissäre. Eingegangen ist eine Petition von Vertretern der beteiligten Gemeinden, die Errichtung einer staatlichen Automobilverbindung von Schoßheim nach Gersbach betz.

Zur Tagesordnung steht der Vorschlag des Ministeriums des Groß. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen. Ueber den Titel

Ministerium, Geheimen Kabinetts, Gesandtschaften erstattet

Abg. Dr. Blum (Natf.) den Bericht der Budgetkommission. Die Kommission stellt den Antrag, für die Jahre 1914 und 1915 in Ausgabe zu genehmigen: Ministerium für je ein Jahr 308 440 M.; Geheimen Kabinetts für je ein Jahr 57 070 M.; Gesandtschaften in Berlin und München für je ein Jahr 87 600 M. Gegen die Berliner Gesandtschaften wurden von keiner Seite Bedenken erhoben. Bei der Münchener Gesandtschaft gingen die Meinungen auseinander. Sie wurde 1894 gegründet und bis 1908 ehrenamtlich geführt. Die Regierung erklärte sie für notwendig. Im letzten Budget wurde die Münchener Gesandtschaft gestrichen; diesmal jedoch von der Mehrheit in der Kommission genehmigt.

Die Mehrheit des letzten Landtags lehnte die Münchener Gesandtschaft ab; jetzt wurde sie von der Mehrheit der Kommission genehmigt. Die Stellung der Parteien zu politischen Fragen ist ja Wandlungen unterworfen. Wenn

man jedoch seine Ansicht ändert, müssen sich auch die Verhältnisse hierfür ändern. Dies trifft jedoch hier nicht zu. Auch die Minister konnte keine neuen Gründe für die Notwendigkeit der Gesandtschaft finden. Die Summe für die Münchener Gesandtschaft ist zwar in Anbetracht des Millionenbudgets nicht sehr erheblich; wenn man jedoch berücksichtigt, daß der Staat für die Arbeitslosenversicherung kein Geld übrig hat, so muß man sich wundern, wenn er hierfür überflüssiges Geld hat. Für die politische Seite der Frage kommt vor allem in Betracht, daß der badische Staat bis 1804 die Gesandtschaft nicht brauchte. Wäre die Gesandtschaft nötig, dann hätte man sie schon früher errichten müssen. Und es wäre eine Pflichtvergessenheit der badischen Regierung gewesen, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Abg. Rebmann (Natf.): Im letzten Landtag spielte es eine große Rolle, ob der Landtag berechtigt sei, in einer Frage wie die der Münchener Gesandtschaft in den Staatsorganismus einzugreifen. Die Gründe für die Streichung der Gesandtschaft im letzten Landtag bestehen heute noch. Wenn daher nichts Neues dazugekommen wäre, so stünden wir heute noch auf gleichem Standpunkte. Die Dränger der Gesandtschaft machten auf keinen Eindruck. Wir sahen den Entschluß aus eigenen Erwägungen in Berücksichtigung neuer Momente. Eine Rolle spielt der Thronwechsel in Bayern, durch den ein Mann mit starker Initiative auf den Thron kam. München wird dadurch wieder ein Brennpunkt deutscher Politik werden, wobei auch wir dabei sein möchten. Auch die Dinge in Deutschland erfüllen eine Aenderung. Es steht die Zeit nicht mehr ferne, wo auch das Reich für seine Finanzen die direkten Steuern in Anspruch nimmt. Es ist hier bereits ein Anfang gemacht worden. Wenn sich daher in Deutschland das Finanzwesen dahin gestaltet, daß das Reich die Grundlage für die Steuern bildet, zu denen die Einzelstaaten Zuschläge machen, so wäre die Finanzhoheit der Einzelstaaten stark bedroht.

Abg. Benedek (fortf.): Meine Freunde haben sich nicht von der Notwendigkeit der Gesandtschaft überzeugen können. Der Staatsminister konnte keine neuen Gründe anführen. Was mein Vorgesetzter sagte, verdient in vielen Teilen meine volle Sympathie; denn der Preußenbund ist gefährlich. Ich erkläre: Wenn ich die Ueberzeugung hätte, daß gegen die Bestrebungen des Preußenbundes die Münchener Gesandtschaft einen Wert hätte, so würde ich zustimmen. Ich habe jedoch weder zur Münchener Gesandtschaft, noch zur badischen Regierung das Vertrauen, daß gerade sie unsere Interessen gegen die Preise des Preußenbundes energisch vertreten. Was Bayern betrifft, so gibt die dortige derzeitige Regierung keine Gewähr dafür, daß sie die freibürgerlichen Interessen des deutschen Südens gegen Norddeutschland vertritt. Wenn man berücksichtigt, wie gegen die Nationalliberalen bei der letzten Wahlkandidatur gehetzt wurde, so dürfen wir erst recht nicht die Segel streichen.

Abg. Kopf (Zentr.): Ich muß bemerken, daß diejenigen, die vor zwei Jahren mit den Nationalliberalen die Gesandtschaft ablehnten, heute diese verhältnismäßig gelinde behandelten. Neben den von Dr. Frank erwähnten Angriffen vom Zentrum wären vor allem die Angriffe aus dem eigenen nationalliberalen Lager zu nennen. Den Gründen des Abg. Rebmann jedoch seine Ansicht ändert, müssen sich auch die Verhältnisse hierfür ändern. Dies trifft jedoch hier nicht zu. Auch die Minister konnte keine neuen Gründe für die Notwendigkeit der Gesandtschaft finden. Die Summe für die Münchener Gesandtschaft ist zwar in Anbetracht des Millionenbudgets nicht sehr erheblich; wenn man jedoch berücksichtigt, daß der Staat für die Arbeitslosenversicherung kein Geld übrig hat, so muß man sich wundern, wenn er hierfür überflüssiges Geld hat. Für die politische Seite der Frage kommt vor allem in Betracht, daß der badische Staat bis 1804 die Gesandtschaft nicht brauchte. Wäre die Gesandtschaft nötig, dann hätte man sie schon früher errichten müssen. Und es wäre eine Pflichtvergessenheit der badischen Regierung gewesen, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Wenn der Berichterstatter meinte, daß die Berichte des Münchener Gesandten eine wertvolle historische Quelle bilden, so meine ich, daß die Seiten der Kabinettspolitik vorbei sind. Die Wählererschaft wird den Umschwung der Haltung des Landtags nicht verstehen. Ich kann mir die Umschwungung der Haltung der Nationalliberalen nur erklären aus der Liebe, die seitens des Zentrums gegen die Nationalliberalen einsetzte, was bebauert werden muß. (Beifall.)

man stimme ich zu. Diese Gründe bestanden jedoch schon vor zwei Jahren. Im übrigen ließ auch die Partei des Herrn Rebmann den Ruf nach einer Reichsvermögenssteuer erklingen. Es freut mich, daß auch Sie jetzt in der Reichsvermögenssteuer eine Gefahr für den föderativen Charakter des Reiches erblicken. Die Gefahr des Preußenbundes erkenne ich an; man wußte jedoch schon früher von der Stimmung dieser Kreise. Wir werden daher, wie früher, weder für die Gesandtschaft stimmen. Es freut mich übrigens, daß heute Bayern einen so guten Ruf erhielt, mögen sich die Beziehungen zu Bayern recht gut gestalten.

Abg. Bantshach (Konf.): Wir stimmen für die Gesandtschaft.

Staatsminister v. Dusch: Nach dem Ergebnis der heutigen Debatte wird die Gesandtschaft mit erheblicher Mehrheit genehmigt werden. In einem großen Teil der Presse wurde die Frage aufgeworfen, ob die Gesandtschaft absolut notwendig sei. Zwischen Notwendigkeit und Nützlichkeit liegt ein großer Unterschied — auch in vielen anderen Dingen. Absolut notwendig ist die Gesandtschaft nicht. Auf die Frage der parlamentarischen Bestrebungen in Preußen will ich nicht weiter eingehen; die Gesandtschaft besteht nicht wegen des Parlamentarismus. Viele Fragen der Einzelstaaten, besonders die Steuerfragen, bedürfen einer Klärung. Hierzu ist die Gesandtschaft nötig. Beachtung verdient schließlich noch der Umstand, wie weit die Kammer bereit ist, einen derartigen Eingriff vorzunehmen. Ich will jedoch auf diese prinzipielle Seite nicht weiter eingehen. Wenn die Regierung früher keine Mittel für diesen Posten beanspruchte, so gerade deshalb, weil die Regierung den Posten ehrenamtlich besetzen konnte. Was ich vor zwei Jahren ausführte, genigte zur Begründung. Ob neue Momente dazu gekommen sind, vermag ich nicht ins Einzelne festzustellen.

Abg. Rebmann (natf.): Bei den Präparierungen gegen uns wegen der Gesandtschaft ist zu berücksichtigen, von wem sie kommen. Ich habe an Bayern keine gute Note erteilt und wollte überhaupt keine Zensuren erteilen. Ich möchte nur sagen, daß die Macht des bayerischen Staates ein Gewicht darstellt, mit dem wir rechnen müssen.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Der erwähnte einzige neue Grund für die Gesandtschaft kann uns die Gesandtschaft nicht sympatisch machen. Bei der Finanzdebatte erwähnte ich schon, daß die Steuerentwicklung zum Unitarismus schreiten wird. Diese Entwicklung läßt sich jedoch nicht hemmen. Außer diesen Gründen für die Finanzhoheit läßt sich jedoch Neues nicht sagen. Wenn der Minister die Arbeit des Gesandten als so wertvoll bezeichnet, warum gab er uns dann nicht einen Geschäftsbericht, wie es bei anderen Institutionen bis in die Einzelheiten geschieht. Man sieht man denn die nützliche Arbeit des Gesandten? Die Münchener Gesandtschaft stellt allerdings das Ideal der Geschäftsbereinsparung vor. Sie beschäftigt nämlich nicht einen einzigen Schreiber. Wenn es uns so wichtig ist, die Meinung Bayerns kennen zu lernen, so sollte Bayern auch ein Interesse daran haben, bei uns einen Gesandten zu haben. Dies ist jedoch nicht der Fall, was die Ueberflüssigkeit der Institution am besten beweist. (Zwischenruf: Waden ist feiner.) Dann sollte die Quantität die Quantität ersetzen. (Geisterleit.)

Berichterstatter Dr. Blum (natf.) weist auf die Bedeutung des Gesandtschaftsmaterials für die historische Forschung hin und erinnert an Ewald von Hohenhausen's Memoiren.

Der Titel Ministerium des groß. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen wird genehmigt.

Beim Titel Geheimen Kabinetts bemerkt zum Kosten

Orden und Medaillen

Abg. Kols (Soz.):

Wir werden wie auch in früheren Landtagen gegen die Mittel für die Orden stimmen. Unsere Ansicht über die Orden findet auch immer mehr in bürgerlichen Kreisen Anhänger. Einen Beweis dafür liefert die konservative Zeitschrift, der "Fürmer", der erst jüngst auf das Sinnwidrige bei den Ordenverteilungen hinwies. Es ist bedauerlich, daß Leute mit hervorragenden Leistungen nach derartigen Dingen streben. Wir lehnen die Mittel für die Orden ab.

Der Titel Orden und Medaillen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittlichen genehmigt.

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt. Humoreske von Heinrich Bishoffe. (Fortsetzung.)

Die Verlobung.

In der Tat hatte es der Herr Pfarrer besser getroffen, als er selbst glaubte.

Suschen erwiderte zwar nichts mehr, widersetzte sich auch der Sentenz des Staatsrats nicht, daß die Frau Baronin an den Malzschens Gütern keinen andern Teil verlangen, noch annehmen werde, als welchen die Gesetze ihr oder ihrem Sohn zusprechen würden; nannte auch aus Ehrfurcht gegen die gute Tante den Baron nicht mehr ihren Mann; sprach auch aus gewohntem Gehorsam nicht mehr von Niederschlagung des Ehescheidungsprozesses; aber dafür kniete sie in der Einsamkeit ihres Zimmers vor dem kleinen Pompejus nieder, zeigte ihm des Barons Bild und sagte mit zärtlicher Wärme: „Sieh, dies ist dein lieber, lieber Vater. Ist er dir auch recht lieb?“ — Dafür machte sie auch eine Schnur durch den Ring des Perlenrahmens, und hing das Bild auf ihre Brust, und hatte es recht gern, wenn der kleine Pompejus nach dem Bilde fragte, das ihm gehörte. Sie nannte den Baron in der Stille oft „ihren Mann“, und als die Tante den folgenden Sonntag nach Wäiblingen zum Besuch fuhr, schrieb Suschen dem Baron: „Am Sonntag Abend werden Sie Ihren Sohn im Park finden.“ Und richtig bekam sie am Sonntag Morgen so heftiges Kopfweh, das sie unmöglich die Tante nach Wäiblingen begleiten konnte.

Der Baron war eben so richtig mit Sonnenuntergang im einsamen Park, und Suschen ging zitternd um die Dämmerungstunde, den kleinen Pompejus an der Hand zum vertrauten Wäiblingen. Man fand sich; man begrüßte sich; der Baron nahm mit heftiger Bewegung sein Kind auf den Arm, überhäufte es mit Liebesworten, und gab ihm die zärtlichsten Namen; leerte dann wieder die mit Spielzeug gefüllten Taschen auf eine hölzerne Bank aus, welche mitten im Park die älteste Buche des Lusthains umschloß.

Suschen setzte sich auf die Bank und half dem Kinde die schönen Sachen ordnen. Der Baron stand mit dem Schweigen stillen Entzückens vor der jungen Mutter und ihrem Kind.

Endlich erhob diese die Augen zu ihm und sagte: „Herr Baron, Sie haben, wie ich erfahre, auch mir eine Schenkung zugedacht von größerer Art. Indem ich Ihrer Güte danke, muß ich Sie doch bitten, davon abzustehen. Ich kann ein solches Geschenk auf keine Weise annehmen, wie Ihnen dies Ihr eigenes Barmherzigkeit sagen wird.“

Der Baron schlug die Augen nieder und schweig eine Weile, dann sagte er, aber ohne aufzublicken: „Was Sie heute ausschlagen, wird Ihnen, wie auch der Prozeß ende, in jedem Falle mit Recht zufallen. Was soll mir mein Gut oder mein Leben? — Sie verachten mich — ich habe es verdient. Sie beharren auf Scheidung, das heißt, Sie beharren auf meinem Untergang. Es möge sein!“

„Nein, Herr Baron“, sagte Suschen, „Ihren Untergang kann ich nicht wollen.“

„Könnten Sie mir jemals mein Verbrechen verzeihen?“ rief er lebhaft, und warf einen unsicheren Blick der Hoffnung auf sie, und wagte nicht mehr zu atmen, um ihre Antwort zu vernehmen.

Suschen gedachte der Tante, und war mit ihrem Gehorsam, wie mit ihrem Herzen in Verlegenheit. Sie nie noch antworten konnte, sprang der kleine Pompejus zu ihr auf und rief, indem er seinen Spielkram fahren ließ: „Nun lege auch das Bild vom Vater zu den schönen Sachen! geht Mama?“ Und dabei zog ihr der kleine, ohne Umstände, an der Schnur das Bild des Barons aus dem Hüfen.

Die junge Baronin verging vor Scham. „Was machst du auch, Unartiger?“ stammelte sie. Aber der Unartige hielt seine Beute fest, und ruhete nicht; sie mußte ihm das Bild geben, das er nun zwischen seinen bleiern Kanonen und Hüfen aufstellte.

Eine seltsame Ahnung durchflog den Baron beim Anblick seines Bildes, wie es aus dem Heiligum hervorlief. Er sank vor Suschen nieder, drückte ihre Hand an seine glühenden Lippen, und sagte: „O Gott, ich bin begnadigt!“

In ihrer Verwirrung konnte die Baronin kein Wort erwidern. Der Berrat war geschehen. Sie wußte nicht, wie ihr ward; aber die Natur forderte ihr heiliges Recht, die Liebe den Sieg. Ihre Hand antwortete unwillkürlich dem Druck der feinnigen. Und er erhob das Haupt, als wollte er in Suschens Blick die Lösung seiner Zweifel suchen. Da faltete er stumm die Hände, wie ein Betender; aus seinen Wienen strahlte Begeisterung. Aber auch ich, wie eine Heilige, voller Demut und Würde, Liebe und

Trauer, sah Suschen vor ihm; die hölzerne Bank war herrlicher als eine Thron geworden, und die spielenden Zweige der hohen Buchen im Abendsonnenpurpur über ihrem Haupt webten einen grünen Baldachin, wie kein irdischer Künstler für seinen Fürsten aus Gold und Seide webt.

„Sie haben mir vergeben?“ fragte er mit zweifelnder sehr leiser Stimme, als fürchtete er, ein fremdes Ohr könne ihn belauschen — doch hörte ihn niemand, als Suschen, denn selbst der kleine Pompejus war nicht mehr da, sondern dreifüßte sein Stedenpferd im Galopp durch den Park.

„Ich glaube an Ihr Herz!“ sagte Suschen ebenso leise. Da ergriff er ihre Hände, drückte sie an seine hochschlagende Brust, und rief: „O glauben Sie! glauben Sie ewig! Und daß dies Herz Sie liebt, mit unaussprechlicher Liebe, bis es brechen wird, glauben Sie! — O ewig!“ sagte er, und schlang beide Arme um sie, und drückte die Zitternde an das Herz, von dem er sprach. Von Empfindungen aufgelöst, die sie nie gekannt hatte, sank sie an ihn hin. Nun gab es keinen Park, keine Erde, keinen Himmel mehr. Selten Klaffen begegneten die vergeltenden Rippen der Gattin; seinen Gelübden treuer Liebe die ihrigen.

Wer weiß wie lange die Entzückten im Ekstasium Schwüre und Seelen getauscht und immer wieder getauscht hätten, wäre Pompejus der Kleine nicht von seiner Galoppade juchzend zurückgekommen. Da nahmen Beide zugleich den hübschen Waden in die Arme, küßten ihm die roten Wangen rötlich, während er, wie ein Amor, mit schelmisch-schuldigen Lächeln Weider Naden mit seinen kleinen Armen umfing, und die Lippen beider Beglückten zum Kusse zusammenführte.

Aber es ward dunkel. Man mußte scheiden. Die Abschiedsfeierlichkeiten nahmen jedoch wieder beinahe eine halbe Stunde Zeit hinweg. Denn man ging Arm in Arm den finstern Park auf und ab, und wiederholte sich die schon oft gesagten zärtlichen Zusicherungen, als wenn man das Gedächtnis verloren hätte. Auch wurden Abreden genommen, an welchen Tagen und Stunden man sich im Park sehen, oder wie man bei schlechtem Wetter Bediente schicken könne, auch treuen Briefwechsel zu führen. Ein hoher Baum, der dem Fortmann ein Gräuel ist, hat von Suschen schon oft den Segen empfangen. Er ward auch Suschen und dem Baron ein Heiligum, und zum Bewahrungsort der Feilen bestimmt, die sie sich einander zu schreiben gedachten.

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Stöckinger (Soz.):

Im Auftrage meines verstorbenen Freundes Ged möchte ich die Umwandlung der Reichsbanknebenstelle in Pforzheim in eine Reichsbankstelle befürworten. Der Umwandlung der Reichsbanknebenstelle in Pforzheim in eine Reichsbankstelle befürworten. Der Umwandlung der Reichsbanknebenstelle in Pforzheim in eine Reichsbankstelle befürworten.

Abg. Odenwald (Fortschr.) unterstützt die Wünsche auf eine Reichsbankstelle. Staatsminister v. Dusch: Diese Frage untersteht dem Ministerium des Innern. Ich will jedoch den Wunsch gerne unterstützen.

Die Berliner Gesandtschaft wird einstimmig genehmigt. Die Münchener Gesandtschaft wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler genehmigt.

Justizverwaltung und Strafanstalten.

Abg. Kayl (Zentr.) erstattet den Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung über die Justizverwaltung. Von dem Vorhandensein einer Stelle bei der Staatsanwaltschaft in Berlin zur Beurteilung unzureichender Scherereien nahm die Regierung Kenntnis. Das Verhältnis der etatsmäßigen Beamtenstellen zu den nichtetatsmäßigen ist das von 76 Prozent zu 24 Prozent. Der Bedarf kommt auf die verschiedenen Neuerrichtungen zu sprechen. Am außerordentlichen Etat werden 1.500.000 Mk. angefordert, die sich besonders auf verschiedene Neulasten beziehen. Neu angefordert werden drei Amtsrichter. Ob für eine Kammer für Handelsfälle in Offenburg genügend Beschäftigung vorhanden ist, läßt sich schwer sagen. Dem Plane für das Gericht in Offenburg hat die Kommission zugestimmt. Die Kosten belaufen sich auf 1.075.000 Mk. Es wird eine 1. Rate von 300.000 Mk. beantragt. Das Projekt des Landgerichtsgebäudes in Freiburg hat verschiedene Wandlungen erfahren. Der Bedarf geht auf den großen Zudrang zum juristischen Studium ein. Bis die Assessoren Amtsrichter werden, sind sie vertriebt. Durch die lange Wartezeit werden die Leute in einen bürgerlichen Beruf gedrängt und überfüllen vielfach den Anwaltsstand noch mehr. Man sollte daher in den Mittelschulen weniger nachsichtig sein und hier schon strenger vorgehen. Unser Richterstand steht auf der Höhe seiner Aufgaben. Auch auf das Publikum wird Rücksicht genommen. Die Verhältnisse der unteren Beamten haben sich gebessert. Der Berichterstatter fragt an, wie es mit der Strafprozessreform steht. Zu wünschen ist, daß die Strafprozessreform nicht allzu sehr hinausgeschoben wird. Mitteilungen über die Erfahrungen des bedingten Strafaufschubs würden interessieren, desgleichen über die Jugendgerichtshöfe. Die Kommission beantragt, die angeforderten Mittel zu genehmigen.

Strafanstalten

Abg. Hartmann (Zentr.) namens der Kommission für Justiz und Verwaltung. Es werden hierfür verlangt für 2 Jahre in Ausgabe für den ordentlichen Etat 3.914.120 Mk., für den außerordentlichen Etat 487.700 Mk.; in Einnahme 2.376.920 Mk. Mit der Gefängnisarbeit sind wir zufrieden. Nur die Ausstattung von Maschinen ist zu beanstanden, da sie den Gewerbestand gefährdet. Die Einführung des Zehnjahrentages wird von den Gefangenen aufrechterhalten begrüßt. Die Gefangenen aufrechterhalten begrüßt. Die Gefangenen aufrechterhalten begrüßt. Die Gefangenen aufrechterhalten begrüßt.

Abg. Dietrich (natl.): Ich möchte bemerken, daß verschiedene Dinge in der Kommission in gegenteiligem Sinne behandelt wurden als sie der Berichterstatter über die Strafanstalten vorzutragen. Wir müssen danach streben, einen guten Richterstand zu bekommen. Am wichtigsten ist vor allem die Feststellung des tatsächlichen Nachwuchses vor allem Wert zu legen. Man sollte den Zugang zum juristischen Beruf nicht schon nach Abschluß des Abiturlernens zu hemmen suchen, da sich in diesem Moment die Fähigkeiten noch nicht feststellen lassen können. Interessieren würde die Frage, woher eigentlich das Justizministerium seine Personalkenntnis über die Fähigkeiten der Beamten hat. Erwägenswert wäre die Frage, ob es nicht möglich wäre, für die Amtsanwälte etatsmäßige Stellen zu schaffen. An Stelle der bedingten Vergütung sollte die bedingte Verteilung untergelegt werden. Die Regierung sollte die Frage des Unterlegungsweidens bei den Gerichten prüfen. Es ist bedauerlich, daß so viel gestritten und projiziert wird. Durch die Schiedsmanns-Ordnung unserer Bürgermeister hätte man viele Prozesse auszuwickeln. Die Tätigkeit der Kriminalpolizei bei der allgemeinen Polizei angegliedert, ist zu minimal. Die Verhandlungen in Würtemberg legen den Gedanken nahe, wie sich Baden zu einer solchen Polizeizentrale stellt. Die Abhängigkeit der Kriminalpolizei von der politischen Polizei wie in Norddeutschland ist ein Zustand, der große Mängel hat. Der französisch-badische Staatsvertrag über den Strafvollzug ist 1846 sollte aufgehoben werden. Die Tätigkeit der Notare wird nicht genügend gewürdigt. Das badische Notariat wird seiner Aufgabe gerecht.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Die deutsche Justiz steht vor großen Reformen: Strafprozess, Strafrecht und Patentrecht. Ich möchte nur wünschen, daß die große Strafrechtsreform keine schärfere Bestimmungen gegen die Arbeiterbewegung bringt. Ich möchte bitten, daß sich der Minister hierüber eingehend äußert. Die scharfen Urteile gegen streifende Arbeiter, wie dies in Mannheim u. s. w. geschah, beweisen, daß heute schon sehr scharf vorgegangen wird, so daß eine weitere Verschärfung entschieden zurückzuweisen ist. Beim

Patentrecht

Patentrecht soll das Recht des geistigen Erfinders gegen den Unternehmer gewahrt werden. Zu wünschen ist, daß das unpfändbare Einkommen hinausgehört wird. Das Einkommen von 1500 Mark ist heute kein Existenzminimum mehr. Insbesondere sollte berücksichtigt werden, daß jemand vielleicht in einem Monat 125 Mk. verdient; in einem anderen Monat jedoch wenig oder nichts. Die Diäten für

Schiffen und Geschworenen

Schiffen und Geschworenen sollten erhöht werden und auch die Arbeiter hierbei stärker beteiligt werden, damit die häßliche Erscheinung der Klassenjustiz bei uns in Baden verschwindet. Nicht zu leugnen ist, daß die Möglichkeit immer geringer wird, daß Leute aus milderem mittleren Kreisen reifen Richter werden können. Wenn die Leute erst mit 40 Jahren entsprechende Stellen erhalten, werden minderbemittelte Kreise ausgeschlossen. Nicht nur vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus ist dies zu bedauern, sondern auch im Interesse der Justiz, da hierdurch fähige Leute vom juristischen Dienst ausgeschlossen werden. Das Abiturlernensexamen beweist nichts; trotz schlechten Examens kann jemand sehr fähig sein. An der Ueberfüllung der Mittelschulen ist jedoch die

Einjährigenberechtigung

Einjährigenberechtigung schuld. Wenn die Mittelschulen nicht die Stätte der Kinder

der Reichen, sondern die der Begabten wären, so hätten wir nicht über Ueberfüllung zu klagen.

Die Zahl der Anwälte hat sich seit 1900 mehr als verdoppelt. Die Mittel dagegen scheinen mir nicht durchzuschlagen. Den numerus clausus lehnen wir ab. Wir halten die freie Anwaltschaft für nötig. Wenn man will, daß sich Anwälte mehr mit Verwaltungssachen beschäftigen sollen, so darf keine einseitige Bevorzugung stattfinden. Dies wäre eine Herabsetzung für Richter und Anwälte. Im allgemeinen ist bei uns das Verhältnis zwischen Richter und Anwälten ein gutes. Es ist daher zu bedauern, wenn dieses Verhältnis von außen her, wie neulich durch die Richterzeitung, zu fördern versucht wird. Beim Strafvollzug spielt die bedingte Vergütung eine große Rolle. Es kann jedoch kein Zweifel sein, daß die bedingte Vergütung durch die

bedingte Verteilung

abgelöst werden muß. Wenn diese Reform jedoch kommt, möchte ich wünschen, daß der bedingte Strafaufschub sich nicht darauf beschränken soll, daß der Verteilte sich keiner Strafe schuldig machen darf. Es muß der

Alkohol

in stärkerem Maße berücksichtigt werden, denn 2/3 aller Delikte sind auf den Mißbrauch des Alkohols zurückzuführen. Man kann den Zusammenhang mit dem Alkohol überall leicht konstatieren. Damit darf sich jedoch die Regierung nicht begnügen, sondern sie müßte weiter vorgehen, wie es der amerikanische Richter Pollard in seinem System vorschreibt, daß die Leute eben dem Alkohol entzogen werden müssen. Das Vorbeugen für künftige Verbrechen ist wichtiger als die Bestrafung. Ich würde es begrüßen, wenn die Regierung bezüglich der Einführung des Pollardsystems eine entsprechende Erklärung abgeben würde. Die Fürsorge des

Vereins für entlassene Strafgefangene

ist zu begrüßen. Die Regierung sollte jedoch ihrerseits auch für diese Verbrechen etwas tun. In einem bekannten Fall über einen entlassenen Gefangenen wurde es bezüglich unterlegt, einen entlassenen Gefangenen als Verkäufer für Sodawasser zu beschäftigen. Ich möchte doch bitten, daß in zukünftigen Fällen verhindert wird, daß die Verwaltung verdirbt, was der Verein für entlassene Strafgefangene gut macht. Der Verkehr der Eingekerkerten mit den Verteidigern sollte nicht in dem Maße erschwert werden, wie es geschieht. Es ist bedauerlich, daß Briefe tagelang liegen bleiben, bevor sie befördert werden. Welches Interesse besteht daran, dem Anwalt so lange Scherereien zu machen, bis er sich mit seinem Klienten verständigen kann. Zu was diese überflüssigen Scherereien? Könnte man nicht die Gefängnisbeamten instruieren, daß im Bedarfsfälle ein Beamter zugegen ist, damit auf alle Fälle die Unschicklichkeit vermieden wird. Was die Frage der Verjährung betrifft, so wird sie vielfach dadurch unterbrochen, daß aus neuen Anträgen des Gerichts erfolgen. Statt Dinge, wie Verjährungen, einschlagen zu lassen, kommen immer wieder richterliche Anfragen, die die Frage aufs neue beleben und die Verjährung hindern. Vielleicht nimmt sich die Regierung dieses Umstandes an. Den schweren Dienst der Strafanstaltsbeamten erkennen wir wohl an. Ich meine jedoch, wir sollten nicht bei allen Budgetposten lange Dankesbezeugungen machen. Wenn wir keine Kritik üben, so ist damit gesagt, daß wir mit den Leistungen der Beamten zufrieden sind. Es wäre gut, wenn diese Praxis allgemein durchgeführt würde.

Ächste Sitzung: Mittwoch vormittag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Justizdebate. Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

In der gestrigen Sitzung teilte Präsident Rohrbach mit, daß der Ausschuss der Vertrauensmänner beschlossen habe, in der Folge auch am Mittwoch Plenarsitzungen abzuhalten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. März.

Am Bundesratsitz sind die Staatssekretäre Kraeffte und Kühn erschienen. Präsident Kämpf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Kurze Anfragen.

Auf die Anfrage des Abg. Keil (Soz.) wegen Erkrankung einer größeren Anzahl Mannschaften bei dem Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigshurg infolge Genußes gesundheitschädlicher Wurst erwiderte der

Wirttembergische Generalmajor v. Gravenitz: Im Trainbataillon 13 ist eine größere Anzahl Mannschaften an Paratyphus erkrankt. Diese Erkrankungen sind auf den Genuß von Wurst zurückzuführen. Der Verlauf der Krankheit war günstig und die Mannschaften sind wieder genesen. Es wurde sofort eine Untersuchung eingeleitet, ob bei der Annahme des Viehs Verunreinigungen vorgekommen sind. Das hat sich nicht feststellen lassen. Für die Folge sind aber die Abnahmebestimmungen verschärft worden. Das Aussehen der Wurst hat nicht gezeigt, daß sie verdorben war. Die Feststellung des Vorhandenseins von Paratyphus ist nur durch bakteriologische Untersuchung möglich. Das kann aber leider nur geschehen, nachdem sich bereits Krankheitserscheinungen gezeigt haben. Durch die bestehenden Vorschriften läßt sich die Gefahr wohl einschränken, aber nicht vollständig beseitigen. Wegen die Diebstehlen und Auffrischungen können Vorwürfe nicht erhoben werden.

Auf die Frage des Abg. Dreß (Soz.) nach der Ursache der Explosion in der Amalinsabrik Rummelsburg erwiderte Direktor Dr. Caspar: Alsobald nach dem Eintreffen der Kunde des Unglücks hat der Reichskonsler die erforderlichen Erhebungen eingeleitet. Es konnte jedoch nichts Positives festgestellt werden. Zunächst müssen die polizeilichen Vernehmungen und die Gutachten der Sachverständigen abgewartet werden. Der explodierte Apparat ist in der üblichen Weise gebaut worden. Sobald das Untersuchungsergebnis vorliegt, werden die zuständigen Stellen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

Darauf wird die zweite Beratung des Postetats fortgesetzt.

Abg. Kiel (F. Vp.): Die Beamtenauschüsse können nur gutes wirken. Das Petitionsrecht der Beamten darf in keiner Weise eingeschränkt werden, wie auch nicht das Vereins- und Versammlungsrecht. Gerade die Reichstagsabgeordneten haben das größte Interesse daran, sich in Versammlungen zu orientieren. Die Oberkammer müssen gehoben und besser besetzt werden. Auch die Postagenten verdienen weitere Förderung. Als Weltpostort sollte das sogenannte „Penny-System“ eingeführt werden. Angebracht wäre es, eine Jubiläumsmarke herauszugeben. Telefonverbindungen mit England müßten baldigst geschaffen werden. Die Leitungen nach Frankfurt a. M. und Köln sind überlastet. Petitionen von größeren Korporationen sollten von dem Staatssekretär wenigstens einigermaßen berücksichtigt werden.

Abg. Martin (Rept.): In erster Linie ist die Post dazu da, den Interessen des Verkehrs zu dienen. Damit kann aber doch die Rentabilität des Betriebes Hand in Hand gehen. Alle Parteien des Hauses sind geneigt, die Wünsche der Beamten zu erfüllen. Es aber so hinzustellen, als ob die Beamten immer nur ausgebeutet werden, ist verfehlt. Eine übermäßige Verwendung junger Mädchen im Postbetrieb ist nicht wünschenswert. Zu Vorgesetzten eignen sich die Damen nicht. Dem Antrag auf Einsetzung von Beamtenauschüssen können wir nicht zustimmen. Noch ein Wort über Jaberl! Als ich gestern Herrn Oberst hörte, dachte ich, das ist nun verkehrte Welt. Sonst sind es gerade die Herren von der äußersten Linken, die die stärksten Angriffe gegen die Postverwaltung richten. Sie suchen darin ihren Ruhm, Mißstände aufzudecken. Wenn dann der Chef der Reichspostverwaltung vor die Beamten tritt und sie verteidigt, hört man von jener Seite: Das ist ein Vertuschungssystem, man will die Wahrheit unterdrücken. (Sehr richtig!) Und nun auf einmal wird von der sozialdemokratischen Seite aus der Vorwurf gegen den Staatssekretär gerichtet, er habe seine Beamten im Stiche gelassen und sie nicht genügend geschützt. Das muß doch verächtlich vorkommen. Wenn behauptet wird, der Oberst v. Reuter hätte sozusagen denunziatorisch gewirkt und hätte schwere unbegründete Vorwürfe gegen die Postverwaltung gerichtet, so ist das doch nicht richtig. Oberst v. Reuter hat doch als Angeklagter zu seiner Verteidigung darauf hingewiesen, unter welchen außerordentlich schweren Verhältnissen er gehandelt habe, wie dort die Verhältnisse vergiftet gewesen seien, und daß ihm von Postbeamten Sendungen, die nicht ausgehändigt werden durften, ausgehändigt worden sind. Von Vorwürfen, die er erhoben haben soll, ist gar keine Rede. Der Staatssekretär hatte darauf die Pflicht, zu untersuchen, ob in der Tat Pflichtverletzungen vorgekommen sind. Er hat die Untersuchung eingeleitet und diese hat ergeben, daß welche vorgekommen sind. Es mag ein Versehen sein, daß dem Oberst v. Reuter anerkennende Karten nicht ausgehändigt worden sind; es ist aber kein Versehen, daß ihm beleidigende Postkarten ausgehändigt wurden. Der Staatssekretär hätte die Pflicht, das, wenn sich dies als wahr erwies, uns dies hier mitzuteilen.

Man kann ihm auf keinen Fall einen Mangel an Interesse für seine Beamten oder ein Abhängigkeitsgefühl von irgend einer anderen Verwaltung unterstellen. Ich bin der Ansicht, daß jeder Beamte, nicht bloß Richter, in der Lage ist, Gerechtigkeit und Objektivität zu beweisen und auch verpflichtet ist, sie zu beweisen. Ich bin sehr überzeugt, daß dieser Fall zu den Ausnahmen gehört und daß unsere Beamten sich durch politische oder sonstige Einflüsse nicht bestimmen lassen. Sie werden sich den Ruf bewahren, die beste Beamtenchaft der Welt zu sein. (Lebhafter Beifall rechts.)

Staatssekretär Kraeffte: Bezüglich der Anstellung von Gehilfen auf Postämtern dritter Klasse müße ich mir hier zunächst die Erfahrungen abwarten. Uebelstände im Fernsprechverkehr sind wir stets bemüht zu beseitigen. Das Petitionsrecht wollen wir den Beamten nicht nehmen, ebensowenig, wie wir die Abgeordneten hindern können, in die Versammlungen der Postbeamten zu gehen. Das ist Geschmackssache. Aber darüber habe ich mich gewundert, daß Abgeordnete in Versammlungen gegangen sind und ohne weiteres die Wünsche als berechtigt anerkannt haben. — Eine Telefonverbindung mit England ist versucht worden. Wir sind mit Holland in Verbindung getreten wegen Mitbenutzung des Kabels Holland-England. Eine direkte Verbindung Deutschland-England mit 450 Kilometer würde sehr kostspielig werden und ein Gespräch 10 bis 15 Mk. kosten.

Abg. Brandts (Pol): Für die Briefschaften ist die Wiedereinführung des Anfunftsstempels erwünscht. Die polnisch adressierten Briefschaften werden schändlich behandelt, wenn auch die Klagen geringer geworden sind. Polen im Postdienst werden in den Ostmarken nicht geduldet, sondern nach dem Westen verfrachtet. Das ist das Werk der preussischen Nebenregierung, des Schmarckenvereins. (Sehr richtig, bei den Polen.) Die Ablehnung der Ostmarkenzulage durch die Kommission ist durchaus berechtigt.

Staatssekretär Kraeffte: Mit dem Ostmarkenverein bin ich nie in Verbindung getreten. Ich würde es für falsch halten, Beamte in Gegenden zu verlegen, in denen sie ihre religiösen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Ein Gesuch um Verlegung wird wohlwollend geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt. Der Vorwurf, daß polnisch adressierte Briefschaften schlechter behandelt würden als andere, ist ungerechtfertigt.

Abg. Zubeil (Soz.):

Der Staatssekretär hat in der Jaberner Angelegenheit eine Antwort erteilt, die ihm den Beifall der Rechten sicherte, indem er gegen im Hause sitzende Sozialdemokraten loszuschlug. Wir werden stets dafür eintreten, den Männern ein für eine Familie genügendes Einkommen zu sichern. Durch unsere Wirtschaftspolitik sind die Frauen aber gezwungen, mit zu verdienen. Die Postboten und Helfer müssen besser entlohnt werden, ebenso die Arbeiter und Handwerker. Der Staatssekretär sollte für gesunde Luftentlastungsküme für seine Beamten sorgen. Der Reichszuschuß für die Krankenkasse muß erhöht werden. Die Vertzauensärzte der Post kommen oft zu sonderbaren Entscheidungen. Die Ueberfinden müßten bezahlt werden. Damit würde auch das Kriecherwesen auf den Postämtern beseitigt. Der Staatssekretär sollte dafür sorgen, daß die Wünsche der Postunterbeamten erfüllt werden. Solange der jetzige Unterstaatssekretär an der Spitze der Postverwaltung steht, habe ich dafür allerdings nur wenig Hoffnung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraeffte: Ich habe während der ganzen Rede des Abg. Zubeil das niederdrückende Gefühl gehabt, daß hier die Redefreiheit mißbraucht worden ist. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten. Rufe rechts: Sehr richtig.) Der Abg. Zubeil hat seine Anfragen auf einseitige Zuträgungen gestützt. Mir bleibt nur übrig, gegen diese Angriffe ganz ernstlich zu protestieren, namentlich dagegen, daß der Abg. Zubeil sich erlaubt hat, (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Was erlauben Sie sich denn? Präsident Kämpf: Hätte ein Abgeordneter einen derartigen Ausdruck gebraucht, so hätte ich ihn zur Ordnung gerufen.) Staatssekretär Kraeffte fortsetzend: Die von ihm beschuldigten Beamten als seine alten Freunde zu bezeichnen. (Demonstrativer Beifall rechts.)

Auf eine persönliche Bemerkung des Abg. Brandts erwidert Staatssekretär Kraeffte kurz, indem er eine von ihm gemachte Äußerung als irrig bezeichnet und zurücknimmt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Interpellation des Zentrums betr. das Meier Duell. Abstimmung zum Marine- und Reichseisenbahnetat. (Offizierkasino in Kiel und Strecke Straßburg-Vasel.) Postetat. Postbesatzgesetz. Reichsdruckerei. Schluß 7 Uhr.

Badische Politik.

Amthliches Wahlergebnis.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Nachwahl im 29. Wahlkreis Stadt Offenburg stimmten von 2899 Wahlberechtigten 2765 ab. Der Kandidat des Zentrums, Betriebsinspektor Hauser, erhielt 1342, gegen 1336 bei der Hauptwahl am 21. Oktober 1913 abgegebenen Stimmen und Rechnungsrat Muijer (F. V.) erhielt 1423 Stimmen gegen 1298 bei der Hauptwahl im vorigen Jahre.

Allmächtig, allbarmerherzig, allgerecht. Der Pfarrer führt, der Pfaffe angeführt, bequemt auf der sonderlichen Schulbank. Seine an der dicken Dornen in den

Sie dem Richter schädeln. Amalinsabrik. Es gibt die Verfechter, wie es ihr in den verschiedenen Hotels und Gasthäusern der Schwab- und anderer Städte erregt. Warum werden eine einwachen Geschworenen folgen lassen.

gar nur durch diese repräsentiert wird. Wer heute, nachdem uns Aufrichten, Skandals, die Berechtigten Glanzen zum Ziel, und vor allem England über den weiten Umfang der Frauenbewegung aufgeklärt haben, sich immer noch hinter die abgeschlichen Wägen der Antifortschrittler oder Superfortschrittler

Kommunalpolitik.

Bürgerhaushaltsaufstellung in Bergshausen. Die am letzten Freitag, 27. Febr., abends 8 Uhr, stattgefundene Bürgerhaushaltsaufstellung hatte folgende Punkte zu erledigen: 1. Verfündigung des Gemeindevoranschlags für das Jahr 1914; 2. Verfündigung der Sparlastenrechnung für das Jahr 1912; 3. Abänderung des § 6 der Satzungen der Gemeindeparafasse; 4. Abtretung von Gelände an Robert Wagner zum „Adler“ dahier. Bei Punkt 1 erläuterte Herr Revisor Goldschmidt in ausführlicher Weise den Voranschlag, wir erwähnen aus demselben, daß ein Kassenvoranschlag von 8365 M. vorhanden ist, die Einnahmen betragen 19606 M., die Ausgaben dagegen 59701 M.; es sind mithin zu decken 34861 M. Die Umlage bleibt auf 42 Pf. In der Diskussion, die eine ergiebige war und zum Teil einen leidenschaftlichen Charakter trug, wurde vor allem von Hrn. Gen. Schürmann die nicht rechtzeitige Einladung der Bürgerhaushaltsmitglieder einer Kritik unterzogen; der Vorliegende sagte Abhilfe zu. Von Hrn. Gen. Vogel wurde der in letzter Zeit fast nicht passierbare Weg zum Bahnhof einer berechtigten Kritik unterzogen; ebenso von bürgerlicher Seite die vom Bahnhof führende Bekannte Straße. Hrn. Gen. Ullrich kam ebenfalls in längeren Ausführungen auf verschiedene Punkte im Voranschlag zu sprechen, u. a. dankte er dem Herrn Revisor Goldschmidt für die gewissenhafte Abfassung des Gemeindevoranschlags; weiter bat Gen. Ullrich die Ortsbehörde, sie möge mit der kirchlichen Behörde in Verbindung treten wegen eines Weges vom neuen Friedhof am alten Friedhof vorbei, damit man auf einem kürzeren Weg in die Kirche gelangen könne. Bei Position Mitzählungsumlage von 6000 M. an das hiesige Zementwerk betonte er, daß man in gesundheitlicher Beziehung die Schließung des hiesigen Zementwerks fast begrüßen könnte, allein in volkswirtschaftlicher Hinsicht müsse man die Schließung scheitern. Am schlußmüde wurde die Arbeiterschaft, hauptsächlich die ältere, betroffene, die im vorgerückten Alter bei der jetzigen Krise zum Teil nun nicht mehr unterkommen könne. Wo bleibt da die gesicherte Existenz bis ins hohe Alter? Nicht minderen Schaden haben auch die hiesigen Geschäftleute; auch in gemeindepolitischer Hinsicht bedeute die Schließung einen Schaden. Unsere Gemeindevoranschläge dürften infolgedessen im kommenden Jahre eine weitere Steigerung erfahren, dürfte vielleicht auf 60 Pf. kommen. Erfreulich sei die Einstellung einer Summe zur Ertüchtigung eines Wadepfades, ebenso auch die Summe von 500 M. zur Erneuerung der Häuser zur staatl. Brandversicherung. Gen. Ullrich äußerte ferner an, daß das Groß. Bezirksamt Durlach wegen Abschaffung der Nachtwache nichts einzunehmen habe; hierüber soll in einer späteren Sitzung der Bürgerhaushalt gehört werden. Es sprachen weiter noch von uns die Hrn. Gen. Käfer, Meißner, A. Ullrich, Ullrich und Otto Rothweiler, sowie auch Bürgermeister Doll. Von bürgerlicher Seite wurde das Vorgehen der Wasserleitung zum neuen Friedhof, die bekanntlich noch kein Wasser gibt, einer scharfen Kritik unterzogen. Ebenso wurde auch über das Gehalt des Revisor Goldschmidts angefragt. Der Bürgermeister gab hier Auskunft. Die Ausgaben seien jedoch mit denen des hiesigen Feuerwehrcorpskommandanten im Widerspruch. Es wäre doch angebracht, wenn hier endlich Klarheit geschaffen würde. Die Abstimmung ergab ein stimmiges Votum für den Voranschlag. Die Vermögensverhältnisse betragen 4545 920 M., die Steuerwerte des Betriebsvermögens 1545 800 M., die des Kapitalvermögens 662 100 M.

Der 2. Punkt Verfündigung der Sparlastenrechnung für 1912 wurde nach einigen Anträgen ebenfalls gutgeheißen; aufstellend ist hier eine namhafte Summe rückständiger Zinsen. Ebenfalls wurde die monatliche Zinszahlung an die Einköcher auf nächstes Jahr befürwortet.

Punkt 3 Abänderung des § 5 der Satzungen der Gemeindeparafasse wurde dahin geändert, daß nur an bestimmten Wochentagen die Kasse offen ist; ferner können Einlagen bis zu 10 000 M., seitens der Gemeinde bis zu 50 000 M. gemacht werden, vorbehaltlich der Genehmigung des Ministeriums.

Punkt 4, Abtretung von Gelände an Robert Wagner im Dreißigen, das Quadratmeter zu 2 M., wurde nach erregter Debatte ebenfalls zugestimmt. Zum Schluß wurde noch angefragt, warum speziell hier eine große Anzahl Leute, die im Dezember nach dem großen Sturm desholz gelammelt haben, mit Strafe bestraft wurden, während in anderen Orten dasselbe ohne Anstand auch gesammelt wurde; oder ob für Bergshausen Sonderbestimmungen bestehen. Der Bürgermeister sowie auch der Badmeister gaben die gewünschte Aufklärung, dahingehend, daß jemand von hier im Forstamt war, daher die Strafgeld. Gegen 11 Uhr hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Aus den Voranschlägen. Nach dem Entwurf des Voranschlags der Stadt Weinsheim für 1914 tritt eine Umlageerhöhung nicht ein. — Nach dem Voranschlag der Gemeinde Oberachen wird der Umlagefuß für 1914 um einen Pfennig, von 3 auf 4 Pf., herabgesetzt. — Der Bürgerhaushalt von Redarge münd genehmigte den Voranschlag mit einer Umlage von 38 Pf. (wie bisher) und ferner die Aufhebung des Schulgebühs.

Bürgermeisterwahl in Adelsheim. Bei der Bürgermeisterwahl wurde Rechtsanwalt Treßz gewählt.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin S.W. 68. Jede Woche erscheint 1 Heft. Abonnements 3 M. pro Quartal. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen.

Aus dem Lande.

Bruchsal. Ist das christlich? Die Stadtverwaltung Bruchsal hatte uns bekanntlich zu unserem kürzlich unter vorliegender Spitzmarke gebachten Artikel über die Ausweisung einer Familie aus Bruchsal eine Verächtigung geschickt. Unser Gewährsmann äußert sich zu dieser Verächtigung nun folgendermaßen: Es wird in dieser Verächtigung behauptet, daß die Familie ausgewiesen wurde; auf die Hauptfrage, ob die Ausweisung zu recht geschah, wird in der Verächtigung jedoch nicht eingegangen. Auch muß man aus der gerandeten Verächtigung schließen, der Gemeinderat oder die Armenbehörde in Weinsheim hätte verlangt, daß die Familie nach Weinsheim transportiert werde. Vor uns liegt nun ein Schreiben der Weinsheimer Armenbehörde, aus dem nach unserer Auffassung gerade das Gegenteil hervorgeht. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut: Wenn Sie glauben, Schadenersatzforderungen geltend machen zu können, so muß Ihnen anheimgestellt werden, sich an die Behörde zu wenden, die Ihre Ausweisung bewirkte. Was letztere betrifft, wurde hier die Ansicht vertreten und diese der Armenbehörde Bruchsal gegenüber auch geltend gemacht, daß die gesetzlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren. Die Tatsache, daß seit der Ausweisung öffentliche Hilfe nicht mehr in Anspruch genommen werden mußte, beweist die Richtigkeit des hier vertretenen Standpunktes. Ihr Heimatrecht oder Ihren Unterstüßungswohnort erwerben Sie in der Gemeinde, in der Sie ohne Unterbrechung unterstüßungsfrei ein Jahr wohnen. Der Vorstehende, J. A. Wagner. Dieses Schreiben bestätigt uns unabweislich, daß die Aus-

weisung unecht erfolgt ist; denn besagte Familie hat sich das Wohnrecht und Unterstüßungsrecht in Bruchsal durch den mehrjährigen Aufenthalt erworben.

Wir müssen aber weiter fragen: Warum verlangte man in Bruchsal von der Frau der betreffenden Familie, zu unterschreiben, daß sie mit der Ausweisung einverstanden sei? Die Unterschrift wurde nach Angabe der Frau verweigert und nicht gegeben. Angenommen selbst den Fall, daß die Schuld an der mangelhaften Lage der Familie das Familienoberhaupt voll trifft, so ist es doch nicht richtig, die unschuldigen Kinder darunter leiden zu lassen und Frau und Kinder von Ort zu Ort zu jagen! Die Frau versicherte, in Bruchsal Arbeitsgelegenheit gehabt zu haben, jedoch sie sich und die Kinder durchnachtrag hätte. Trotzdem hat man sie ausgewiesen. Gätten nicht andere Mittel wie die Ausweisung angewendet werden können? Jetzt ist die Unterstüßung allerdings notwendiger wie je zuvor.

Ettlingen.

r. Arbeitergesangsverein Eintracht. Das 10jährige Bestehen, verbunden mit Fahnenweihe, am 21. Juni 1914 soll in würdiger Weise begangen werden. Die Vorbereitungen sind bereits getroffen. Nun liegt es aber auch an den Sängern, durch einen läutenlosen und pünktlichen Besuch der Singstunde das möglichste dazu beizutragen. Die alten Säger insbesondere sollten dem gesanglichen Teil mehr zugetan sein. Nur noch ein Vierteljahr trennt uns von der Fahnenweihe. Vieles ist bis dahin noch zu lernen. Deshalb muß jeder einzelne seine ganze Kraft in den Dienst der proletarischen Kunst stellen. So mancher Arbeiter kann noch gewonnen werden für die Pflege des Arbeiterliedes. Deshalb pünktlichen Singstundenbesuch jeweils Mittwoch abends halb 9 Uhr im „Kraut-Saale“. Im Arbeitergesangsverein ist der Platz für die da arbeiten jahraus, jahrein, dort wird das Lied gepflegt, das den Arbeiter bewegt und ihn anfeuernd im Kampfe für seine Menschenrechte. Ein frohes Lied, ein freies Wort, Das sei der Eintracht eblor Hort!

Aus der Gemeinderatsitzung vom 27. Februar. Auf Grund der Verordnung vom 20. Februar 1907 soll eine ortspolizeiliche Vorchrift dahin erlassen werden, daß in der Stadt Ettlingen das öffentliche Auslegen und Aushängen von Waren an Verkaufsstellen an Sonn- und Festtagen (wogu auch der Osterfesttag, Pfingstsonntag und Weihnachtstag zählen) außerhalb der für den Gewerbebetrieb freigegebenen Zeit gestattet ist. Der bezügliche Entwurf wird genehmigt.

Auffsehererregende Verhaftung. Montag nachmittag wurde der Postsekretär Arnold beim hiesigen Postamt verhaftet und durch einen Kriminalbeamten ins Untersuchungsgefängnis nach Karlsruhe gebracht. Anlässlich einer Revision in den letzten Tagen seitens eines Oberbeamten wurden Unregelmäßigkeiten in der Dienstführung festgestellt. Es handelt sich um Urfundenfälschung. Der Beamte hat sofort ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Baden-Baden.

Ältlicher Brandunfall. In einer Pension in der Luisenstraße begab sich eine dort wohnende Dame zur Ruhe, las aber im Bette liegend noch längere Zeit beim Licht einer Petroleumlampe. Die Lampe stürzte infolgedessen um, es entstand ein Brand und die Dame erlitt derartig schwere Brandwunden, daß sie im Krankenhaus gestorben ist.

Offenburg.

Auf zur Verbearbeit. Wie überall in ganz Deutschland, wird auch die hiesige Parteiorganisation die „Note Woche“ zur intensiven Agitation für Stärkung unserer Organisationen und Presse benötigen. Schon am letzten Sonntag wurde der Anfang gemacht, der ein recht guter war. Dies muß für uns ein Ansporn sein, nunmehr unsere ganze Kraft zur Mitarbeit daran zu setzen, dann werden wir ein gutes Stück vorwärts kommen. Um dieses durchzuführen, ist es aber nötig, daß jeder einzelne Genosse sich in den Dienst unserer Sache stellt, jeder einzelne mitarbeitete. Es ergeht daher die Aufforderung an die Genossen sich am nächsten Sonntag an der Flugblattverbreitung in der Stadt zahlreich zu beteiligen. Je mehr sich zur Verfügung stellen, desto schneller ist die Arbeit erledigt. Es findet auch am nächsten Sonntag abend eine Frauentagung in der „Neuen Pfalz“ statt. Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen für guten Besuch lebhaft Propaganda zu machen. Unsere Losung muß lauten: Immer vorwärts und aufwärts! Auch unsere Frauen müssen sich immer mehr der politischen Organisation anschließen um Schulter an Schulter mit uns für eine bessere und freiere Zukunft zu kämpfen.

Bildungsurlaub. Der von diesem sozialdemokratischen Verein veranstaltete Bildungsurlaub beginnt am Samstag den 7. März, abends 8 Uhr, im „Kraut-Saal“. Gen. Parteisekretär Trinks wird in 8 Vorträgen die „Geschichte des Sozialismus“ behandeln. Es ist jedem Genossen und Gewerkschaftler Gelegenheit geboten, sich durch diese interessante Materie weiterzubilden und sein Wissen zu erweitern und zu vertiefen. Es wird deshalb eine zahlreiche Beteiligung erwartet. Eine Anzahl Teilnehmer haben sich schon eingetragen. Es wäre aber zu wünschen, daß sich die Gewerkschafts-Fo-Liegen sowie sonstige Interessenten lebhaft daran beteiligen. Für die acht Unterrichtsstunden wird nur der kleine Betrag von 50 Pf. zur Deckung der nötigsten Ausgaben erhoben. Anmeldungen nimmt noch entgegen Gen. Fr. Hoffmann, Hildstr. 60.

Spezial, A. Ettlingen, 3. März. Der Altweinswirt Glasfetter hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Das Motiv der Tat ist wohl darauf zurückzuführen, daß gegen Glasfetter eine gerichtliche Unterstüßung im Gange war. Der Lebensmüde lebte in sehr guten Verhältnissen.

Gassenfeld, 2. März. Heute nacht brach in dem Gasthaus zum „Adler“ Feuer aus, dem das ganze Anwesen mit fast allen Fahrnissen zum Opfer fiel. Der Schaden beträgt ca. 50 000 M. Mit großer Mühe gelang es, die Nachbargebäude zu retten, doch wurden sie durch Wasser schwer beschädigt. Es liegt zweifellos Brandstiftung vor; es wurde auch bereits ein Verdächtiger verhaftet.

Pforzheim, 3. März. In der letzten Zeit haben sich in erschreckender Weise die Brände in der Umgebung von Pforzheim gemehrt. Sie dürften vielfach auf Brandstiftung zurückzuführen sein. Auch der Scheunenbrand in Dielkingen wird auf Brandstiftung zurückgeführt und unter dem Verdacht der Tat wurden der verheiratete, 37jährige Maurer Schmittensardt und der 37jährige Goldarbeiter Wischoff verhaftet.

Manheim, 3. März. Gestern nachmittag geriet die 81 Jahre alte Regina Säufler auf dem Strohmatt unter einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen. Die Frau erlitt einen Schädelbruch, eine Gehirnerschütterung und sonstige schwere Verletzungen; die Hoffnung, sie am Leben zu erhalten, ist gering. — Der 27jährige Kutser Jakob Roth wurde von einem Pferde seines Geiwanns gegen den Unterleib getreten

und wurde mit erheblichen inneren Verletzungen ins Krankenhaus überführt.

Kottkett, 2. März. Der 15jährige Sohn des Landwirts Buchter geriet beim Holzschneiden in die Kreisfuge; es wurde ihm der rechte Arm abgetrennt.

Ueber die verbeerenenden Wirkungen der Nachfröste im vorigen Frühjahr an den Frühobstbäumen (Aprikosen, Pfirsiche, Frühweissägen und frühblühendes Kernobst) bringt der von der Kreisverwaltung Baden ausgegebene Bericht interessante Angaben. Der gesamte erzielte Obstertrag des Jahres 1913 überstieg zwar den des Vorjahres um rund 20 000 Zentner; er kann jedoch kaum als der fünfte Teil einer zu erwartenden Vollernte angesehen werden. Die Statistik des Obstertrages auf den Stationen Achern, Ottersmeier, Wühl und Steinbach liefert dafür den Beweis. Der Obstertrag von diesen Stationen betrug 1902 224 000 Zentner, 1910 210 000 Zentner, 1911 157 000 Zentner, 1912 410 000 Zentner, 1913 60 900 Zentner. Einen fühlbaren Ausgleich für die fehlende Menge brachten die im allgemeinen als sehr gut zu bezeichnenden Preise für sämtliche vorhandenen Obstsorten. Erfreulicherweise haben auch die Erdbeeren in hohem Maße dazu beigetragen, den Ausfall weniger fühlbar zu machen. Die Ernte betrug 515 Zentner, gegen 1912 mehr 350 Zentner und brachte bei einem Durchschnittspreis von 30 bis 32 M. eine Einnahme von 155 000 bis 165 000 M.

Aus der Stadt.

Karlstraße, 4. März.

Linienführung der Straßenbahn ab 1. April 1914. Mit Beginn des Sommerfahrplans — 1. April 1914 — tritt folgende Linienführung der Straßenbahn ein: Linie 1: Rheinhausen-Durlach, Straßenfarbe weiß, Wagenfolge 5 Minuten, wird bis Durlach zum Berg durchgeföhrt, bleibt aber im übrigen wie jetzt. Linie 2: Mühlburg (Wendehalle) über Karlstraße nach Hauptbahnhof und ab Hauptbahnhof über Ettlinger Straße zum Schlachthof, Straßenfarbe weiß-rot, Wagenfolge 10 Minuten, Venderung gegen jetzt: Wird ab Mühlburg in Richtung Hauptbahnhof über Karlstraße — statt Ettlinger Straße — geleitet und alsdann in Richtung Schlachthof — statt Friedhof — über Ettlinger Straße geföhrt. Linie 3: Friedhof-Hauptbahnhof, Straßenfarbe rot, Wagenfolge 10 Minuten. Jetzt: Schlachthof-Hauptbahnhof-Weiertheim. Die Weiterführung bis Weiertheim fällt weg, da sie angesichts der geringen Entfernung dieses Vorortes vom Hauptbahnhof nicht als ein dringendes Bedürfnis angesehen werden kann. Linie 4: Weiertheim-Friedhof, Straßenfarbe gelb, Wagenfolge 10 Minuten. Bleibt wie jetzt. Linie 5: Krankenhaus-Hauptbahnhof, hin und zurück über Karlstraße, Straßenfarbe grün, Wagenfolge 10 Minuten. Der 5 Minutenbetrieb zwischen Mühlburgertor und Krankenhaus soll erst um 9 Uhr vormittags beginnen und schon um 9 Uhr abends endigen. Dieser 5 Minutenbetrieb wird durch eine neue Linie („8“) hergestellt werden. Linie 6: Köhler Krug-Hauptbahnhof, in Richtung Hauptbahnhof über Karlstraße und zurück über Ettlingerstraße; Straßenfarbe blau, Wagenfolge 10 Minuten. Erfah für die jetzige Führung nach dem alten Hauptbahnhof wird durch die (neue) Linie 9 gestaffelt. Linie 7: Köhler Krug-Hauptbahnhof, in Richtung Hauptbahnhof über Ettlingerstraße und zurück über Karlstraße; Straßenfarbe blau-rot, Wagenfolge 10 Minuten. Neue Linie 8: Krankenhaus-Hauptbahnhof über Karlstraße und zurück über Ettlingerstraße; Straßenfarbe weiß-grün, Wagenfolge 10 Minuten. Neue Linie 9: Neuer Hauptbahnhof-Alter Bahnhof, Wagenfolge 10 Minuten. Dieser neu einzuführende Pendelbetrieb gilt als Erfah für den in Wegfall kommenden Wagen der Linie 6 (Köhler Krug Hauptbahnhof). Außerdem soll — einem dringenden Wunsch der Interessenten des alten Bahnhofgebiets entsprechend — versuchsweise ein Pendelverkehr zwischen altem Bahnhof und Marktplatz eingeföhrt werden.

Jahresversammlung der Vereinigung techn. Vereine. In der kürzlich abgehaltenen Jahresversammlung der Vereinigung der technischen Vereine von Karlsruhe wurde der Bericht über das letzte Vereinsjahr erriktet und die jahungsgemäße Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Da der bisherige Vorsitzende der Vereinigung Oberbaurat Professor Mehdorf, in dessen Händen seit 5 Jahren der Vorsitz ruhte, hat, von seiner nochmaligen Wiederwahl absehen zu wollen, wurde an dessen Stelle einstimmig Direktor Dr. Döderlein zum 1. Vorsitzenden gewählt, ferner zum 2. Architekt Schneider, zum 1. Schriftführer Dipl.-Ing. Flügge, zum 2. Ingenieur Red und zum Medner Professor Dr. Mann. Oberbaurat Professor Mehdorf wurde in Anbetracht der großen Verdienste, die er sich um das Zustandekommen und die gezielte Entwicklung der Vereinigung erworben hat, zum dauernden Mitglied und zum Ehrenvorsitzenden für das laufende Geschäftsjahr einstimmig ernannt. Für das kommende Geschäftsjahr wurde der Arbeitsplan der Vereinigung festgelegt. Es wurde auch mit besonderer Genugtuung festgesetzt, daß — dem Beispiele Karlsruhes folgend — auch in anderen Städten, z. B. in München und Dresden, der Zusammenschluß der dortigen technischen Vereine in nächster Zeit zu erwarten steht, da auch dort der engere Zusammenstüß der Vereine zur Vertretung gemeinsamer Interessen im gemeinlichen und gesellschaftlichen Leben als notwendig und nützlich erkannt wird.

Nahrungsmittelkontrolle. Im Laufe des Monats Februar 1914 wurden 3985 Kannen Milch kontrolliert und dabei 54 Proben entnommen und an die Groß. Lebensmittelprüfstation abgeliefert. — Beanstandet wurden: 2 Milchproben als gewässert, 3 als geringwertig und 4 wegen zu hohen Schmutzgehaltes. 3 Milchlieferanten wurden zur Anzeige gebracht, weil sie Milch in Kannen verpackten, die an defekter Stelle mit Seife bestrichen waren, und 4 Lieferanten, weil sie Milch in verrosteten und schmutzigen Kannen verpackten. Ferner wurden 3 Lieferanten angezeigt, weil sie Magermilch verpackten, ohne dieselbe als solche zu bezeichnen. Vom Groß. Schöffengericht hier wurden 3 Milchhändler bzw. Gändlerinnen, und zwar 2 zu einer Geldstrafe von je 30 M., und eine zu einer solchen von 5 M. verurteilt, weil sie gewässerte Milch in den Verkehr brachten.

Ferner wurden noch folgende Nahrungsmittelproben erhoben und zur Untersuchung abgeliefert: Butter 4, Schweinefett 6, Wurst 5, Melange 6, Sardellenbutter 2, gedörrte Bohnen 2, Suppeneinlagen 3, Bananen 1, Käse 2, Sodawasser 6. Beanstandet wurden: 3 Proben Schweinefett, weil sie als echtes feilgeboten wurden, in Wirklichkeit aber ein Gemisch von Rinder- und Schweinefett darstellten, 1 Butterprobe, weil deren Wassergehalt die höchstzulässige Grenze überschritten hatte, 1 Probe Wurst, weil deren Umhüllung künstlich rot gefärbt war, 1 Probe Honig, welche nicht die Eigenschaften des echten Bienenhonigs zeigte, 2 Proben Erbsenkonserben, weil deren Kupfergehalt die höchstzulässige Grenze erheblich überschritten hatte, 2 Essigproben, weil sie eine Menge Essigsäure enthielten. Verichtlich bestraft wurden zwei Metzger, und zwar einer mit einer Geldstrafe von 10 M., der andere mit einer

solchen von 6 M., weil sie Würste in den Verkehr brachten, welche mit fremdem Stärkemehl (Weizen) vermischt waren.

* Schlufffeier der akademischen Volksunterrichtskurse Karlsruhe. Zu einer schönen und gelungenen Schlufffeier hatten sich Samstagabend im Saale der Restauration Ziegler, Baumeisterstraße, Studenten und Arbeiter, hier Lehrer und Schüler, die Veranstalter und Teilnehmer der akademischen Volksunterrichtskurse im Wintersemester, zusammengefunden.

* Vom Bürgerausschuß. Oberbauinspektor Alfons Blum, der dem Bürgerausschuß als Stadtverordneter angehört, ist zum Vorstand der Bauinspektion ernannt worden.

* Die Wohnungsuntersuchungen in den bei den Vorarbeiten wegen erheblicher Mängel beanstandeten Gebäuden werden durch die „Wohnungskommission“ jeweils am Freitag den 6., 13., 20. und 27. März 1914, vormittags 9 Uhr beginnend, vorgenommen werden.

Die Kommission nimmt den Weg Schützenstraße durch die Eitlingerstraße, Werderstraße, Wilhelmstraße, Müppurrstraße, Luisenstraße.

Die Hausbesitzer und Wohnungsinhaber haben der Kommission den Eintritt in das Haus und die Besichtigung der zum Aufenthalt von Menschen dienenden Räume sowie der dazugehörigen Nebenräume zu gestatten und über Art der Benützung derselben wahrheitsgetreu Auskunft zu geben.

* Von der technischen Hochschule. Der Besuch unserer technischen Hochschule ist in den letzten Jahren (seit 1909) um etwa 800 Studierende zurückgegangen.

* Selbstmord eines Soldaten. Montagabend halb 12 Uhr wurde beim Elektrizitätswerk am Durlacher Wald auf der Bahnstrecke Durlach-Karlsruhe ein Kanonier von Regiment Nr. 50 auf den Schienen liegend tot aufgefunden.

Veranstaltungen.

* Operettenabend in der Festhalle. Mit gemischten Gefühlen mag Herr Musikmeister Bernhagen gestern Abend sich den tiefsten Zustrom zur Festhalle zu dem von der Stadt veranstalteten Operettenabend angesehen haben.

Die Karlsruher täten dringend gut daran, durch einen Massenbesuch des nächsten Symphonieconcertes den Verdacht zu beseitigen, daß sie für ernste und gute Sachen keine Zeit haben.

Gegen den Militarismus! Für die Volksfreiheit!

Mit einer gewaltigen Demonstration muß die rote Woche am nächsten Sonntag ihren Anfang nehmen. Genosin

Rosa Luxemburg

die unerschrockene Vorkämpferin für Volksrechte und Volksfreiheit, die rücksichtslose Kämpferin gegen den Völkerverderben und anfangenden Militarismus, die erst kürzlich, weil sie den Willen des gesamten Volkes gegen den Krieg verkündete, zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurde, wird

Sonntag morgen 10 Uhr im großen Saal der Festhalle

sprechen. — Die Arbeiterschaft von Karlsruhe wird durch einen Massenbesuch der Versammlung den regierenden herrschenden Mächten zeigen, daß das Volk auf der Seite der verfolgten Kämpferin steht, daß das Volk mit der Genosin Luxemburg einig ist in dem Kampfe

gegen die Militärherrschaft und für die Volksfreiheit!

Auf denn in die Volksversammlung! So muß es für jeden freiheitlich gesinnten Mann und für jede freiheitlich denkende Frau am nächsten Sonntag heißen.

Veranstaltungen schon lange, fast jeden Sonntag Abend findet sich ein Konzert im Ridelungensaal des Rosenquartals statt. Auch die Künstler, die gestern Abend hier ihr erstes Gastspiel absolvierten, sind dort keine Unbekannte.

Mit einem Riesenprogramm von 26 Nummern wartete die Leitung auf. In bunter Reihe wechselten die verschiedenen „Stränge“ ab mit Gilbert, Fall, Lehar, Kollo, Ascher, Fiedermaus mit „Filmschauberg“, „Griquiri“ mit „Hohheit tanzt Walzer“, „Rideler Bauer“ mit „Kino-Königin“ usw.

Hr. Eise Trauner und Herr Eugen Dietel einheimische. Hr. Trauner hat neben einer ausgezeichnet gesungenen prächtigen Stimme ein sprühendes Temperament, sie besitzt also die zwei Haupttugenden, die einer guten Operettenfängerin zu eigen sein müssen.

5. Kolosseum. Auch das diesmalige Programm darf sich dem vorausgegangenen würdig an die Seite stellen. War es dort hauptsächlich der Illusionist, der berechtigtes Aufsehen erregte, so ist es diesmal das ganze Programm.

Im zweiten Teile lernen wir zunächst eine chinesische Gauflertruppe kennen, die tatsächlich gutes bietet. Dann kommt der lässliche Humorist Kessmann, der es versteht, das Publikum einige Zeit zu unterhalten.

* Deutscher Verein für Volkshygiene. Der deutsche Verein für Volkshygiene, Ortsgruppe Karlsruhe, wird am Donnerstag den 5. März, abends halb 9 Uhr, im großen Rathsaussaal hier einen Vortrag bei freiem Eintritt abhalten.

* Eugen d'Albert in Karlsruhe. Das 4. Clavierconcert der Hofmusikkapellleitung Hugo Runk, nach Kurt Reufelst, bringt uns am kommenden Montag den 8. März Eugen d'Albert, zweifelslos den bedeutendsten Gestalten unter den lebenden Pianisten und neben Strauß und Wagner den populärsten Komponisten unserer Zeit.

Besonders günstiges Angebot! Damen-Konfektion Neuheiten für Frühjahr und Sommer 1914. Kostüm aus goldfarbigem Panama-Loden, besticktem Krage u. Gürtel, Rock mit Knopfgarnitur u. Riegel 19.50. Neuheit: Moirée-Jacke fesche Blusenform, mit Seidenbandgarnitur 21.00. Kostüm aus gut. marine Woll-Cotelé, Revers hohl verarbeitet, mit Handfliegen u. Riegel, Jacke auf Halbseide. Besonders vorteilhaft 29.50. Sport-Jacke aus Cheviotstoff in Engadinerfarben, mit Riegel, Taschen und Knopfgarnitur 11.50. Kostüm aus Sportloden in Engadinerfarben, Krage aus schottischer Seide, fesche Gürtelform, Jacke auf Halbseide, moderner Rock 29.50. Wollblusen aus reinwoll. Pobe-line, mod. Fassons, in grossem Farbensortiment, ganz gestütert 2.95. Kostümrock schwarz-weiss kariert, mit Knopfgarnitur und Riegel 5.50. Bluse neueste Form, Woll-Cotelé mit Raglan-Aermel, Napoleonkrage, elegante Knopfgarnitur 7.75. Kostümrock aus marine Cheviot, mit seidener Falten-gürtel und grosser Rückenschleife 6.95. Bluse aus weiss Messaline-Japon, mit reicher Hohlsaum-Garnitur, modernem Krage und eleganter Sammet-Krawatte 10.75. Unsere großen Mode-Ausstellungen sind eröffnet! Beachten Sie unsere Schaufenster und Innen-Dekoration. 7642 Geschw. KNOPF.

Vertical text on the right edge of the page, including page number and other markings.

Letzte Nachrichten.

Spionage. Metz, 3. März. Die Strafkammer verurteilte gestern den Alerer Picaut aus Coutours wegen Vergehens gegen das Spionagegesetz zu zwei Jahren Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe und Aberkennung der Berechtigung zur Führung öffentlicher Aemter auf die Dauer von fünf Jahren, ferner Stellung unter Polizeiaufsicht.

Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, handelt es sich bei dem Vergehen um die Erlangung von Auskünften über die Kreuzungsstelle am Bahnhof Mörchingen, die im Mobilisationsfalle eine große Rolle spielen und deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung liegt.

Kardinal Kopp im Sterben.

Troppau, 3. März. Der über das Befinden des Kardinals v. Kopp um 7 1/2 Uhr ausgegebene Krankheitsbericht besagt: Die vollständige Bewusstlosigkeit hat den ganzen Tag über angehalten. Kräftezustand und Serztätigkeit läßt weiter nach.

Deportation der Arbeiterführer.

Kapstadt, 3. März. Der Abschnitt der Indemnitätsbill, der die Deportation der 9 Arbeiterführer bestätigt, wurde mit 72 gegen 15 Stimmen angenommen.

Aufreizungsprozeß.

Marmaros-Eziget, 3. März. Heute Mittag ist das Urteil in dem Ruthenenprozeß gefällt worden. 32 Angeklagte wurden wegen Aufreizung gegen die Religion und gegen den Staat zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die höchste Strafe erhielt der Hauptangeklagte Rabalyuk mit 4 Jahren 6 Monaten Staatsgefängnis und 100 Kronen Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden zu Strafen von 6 Monaten bis zu 3 Jahren Staatsgefängnis verurteilt, jeder außerdem zu einer Geldstrafe. 22 Angeklagte wurden freigesprochen. Allen Verurteilten wird die Unterjuchungshaft angerechnet.

Budapest, 3. März. In der Begründung des Urteils, das in dem Ruthenenprozeß in Marmaros-Eziget heute verkündet wurde, wird darauf hingewiesen, daß in den Flugschriften, die die Angeklagten verteilt haben, die Dogmen und die Geißliche der griechisch-katholischen Religion geschmäht und der Zar als der Hüter des wahren Glaubens und Schützer der Orthodoxie und als Befreier von ungarischem Joch gefeiert wird. Ferner werden die Grenzgebiete stets als von Rechts wegen russischer Boden dargestellt, der Rußland wieder einverleibt werden müsse. Der Hauptangeklagte Rabalyuk und eine Reihe der anderen Angeklagten haben appelliert. Auch der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt.

Briefkasten der Redaktion.

Erlangen. Die Bezeichnung „Kornwalger“ ist ein Geheimwort unter dem sich die Firma Krupp über Rüstungsangelegenheiten von ihren Agenten berichtet ließ.

Frankfurt. Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Verbandsanzeiger.

Durlach. (Deutscher Holzarbeiterverband.) Morgen Donnerstag, 5. d. M., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal zum „Darmstädter Hof“ 7644
Arielingen. (Sozialdem. Verein.) Wir machen unsere Mitglieder und Fraktionsmitglieder darauf aufmerksam, daß am Donnerstag den 5. März, abends 8 Uhr, in der „Linde“ eine wichtige Versammlung stattfindet. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Da die Tagesordnung eine längere Diskussion in Anspruch nimmt, so ist es Pflicht aller Mitglieder, um 8 Uhr in die Versammlung zu kommen. 7622 Der Vorstand.
Offenburg. (Arbeiterradfahrerverein.) Heute abend wichtige Versammlung im Lokal. 7648

Wasserstand des Rheins.

4. März.
Schusterinsel 1.33 m, gef. 2 cm, Rehl 2.18 m, gef. 2 cm
Maxau 3.80 m, gef. 4 cm, Mannheim 3.18 m, gef. 2 cm.

Neues vom Tage.

Grubenunglück.

Brüssel, 3. März. Die Grube Streby Bracqueries bei Mons, in der 250 Arbeiter tätig waren, wurde heute Vormittag infolge Bruches eines Rohrs überschwemmt. Das Unglück fand in einem Schacht statt, der seit drei Jahren in Betrieb ist. Ein Gewölbe stürzte ein und das Wasser stürzte mit großer Schnelligkeit bis zu 70 m Höhe hinunter. Neun Arbeiter und 22 Pferde sind ertrunken. Außerdem ist ein Haus eingestürzt.

Brüssel, 3. März. Aus Lüttich wird gemeldet, daß in einem Steinbruch bei Sprimont eine Sprengmine explodiert ist. 2 Personen, darunter der Direktor, wurden getötet. Mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Brüssel, 3. März. Die Katastrophe in der Grube Schiel bei Mons hat sich schon gestern ereignet. Wie das Wasser eingedrungen ist, ist noch nicht festgestellt worden, man glaubt aber, daß in der Nähe der Grube Wasser aus dem Kanal in die über das Bergwerk geworfene Erde eingedrungen und durchgesickert ist. Die Grube hatte keine Pumpe, auch die Glocke des Aufzuges funktionierte nicht, aber durch einen glücklichen Zufall wurden oben die Gerüste gerettet, so daß bis auf neun Arbeiter alle gerettet werden konnten. Die Wiederherstellungsarbeiten dürften längere Zeit in Anspruch nehmen. In der Grube sind 680 Arbeiter beschäftigt, die jedenfalls mehrere Monate pausieren müssen. Der Ministerpräsident widmete heute in der Kammer den Verunglückten einen warmen Nachruf. Der Minister für Arbeit und Industrie ist nach der Unfallstelle abgereist.



Sonntag, den 8. März 1914, nachmittags 4 Uhr
Starkbierfest im „Kühlen Krug“
Humoristisches Konzert der gesamten 50er Artillerie-Kapelle.
Auftreten des Ratsherrn BADENIA-MUELLER. Vollständig neues Programm.

Trauer-Hüte
aus nur Ia. Crêpe 6465
in jeder Preislage stets vorrätig
S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsgeossen.
Verwaltungsstelle Karlsruhe. — Büro: Bachstr. 69.
Versammlungen

finden jeweils gleich nach Feierabend statt:
Donnerstag den 5. März, Göthehalle, Göthestr.
Freitag den 6. März, Wacht am Rhein, Gartenstr.
Samstag den 7. März, bei Kanzler, Durlacherstr.
In diesen Versammlungen wird der Bezirksleiter J. Reibholz aus Straßburg einen Vortrag halten und sind alle Berufsangehörigen hierzu freundlichst eingeladen.
Sonntag den 8. März, nachmittags 2 Uhr, in der „Gewerkschaftszentrale“
Mitgliederversammlung
Vortrag des Rechnungsführers der Volksfürsorge.
Kollegen! Agitiert für diese Versammlungen. 7688
Der Vorstand.

Majolika-Maler gesucht,
welcher möglichst in Band-
malerei und Unterlags-
malerei bewandert ist zu
baldigem Eintritt.
**Schwarzwälder Majolika-
fabrik G. m. b. H.**
Baden-Dod. 7648

Salb geschenkt
bis 1. April wegen Rabenaufgabe
Hebergischer, Hlster 2.00 an
von M. 5.00 an
Kugige von M. 5.00 an
sowie einzelne Sachen und
Damen-Kleider, Wäsche,
Schuhe usw. 7647
Spottbillig.
Friedenbera, Markgrafenstr. 17

Anzüge
wenig getragen, darunter die
feinsten Maßarbeiten, von 8 M
an, **Mosen, Joppen, Westen**
z. sehr billig. 7635

Gelegenheits-Kaufhaus
55 Werderstraße 55.
20 Divans
neue, werden unter Garantie
von 30, 34 und 40 M. an ver-
kauft, hoch, mod. Dessins von
54 M. an. Keine Fabrikware.
Polster-Möbelhaus Adler
7639 Schützenstr. 25.

Möbel
jeder Art, sowie ganze Aus-
statter. Reparaturfertigung nach
Zeichnung, sowie Reparaturen.
Schreinerei Ruf
Zähringerstr. 82. 7638

Die letzten Neuheiten in 7625
Frühjahr Kleider-Blusenstoffen
und
sind in grosser Auswahl eingetroffen.
Sie finden bei mir
das Neueste u. Eleganteste
was die Mode bringt!
Woll-Crêpe in allen mod. Farben.
Aparte **Kostüm-Stoffe** etc.
Blusen-Stoffe jeder Art.
Schneyer
Werderplatz, Filiale: Rhein-str. 48.

Beachten Sie meine 10 Schaufenster!

Sehr billig abzugeben weg-
Platzmangel: Polierter Schreib-
sekretär 20 M., pol. Rachtisch
5 M., gut spielender Grammophon
15 M., Spiegel 2 M., Mädchen-
stiefel, Größe 36, zu 3 M., schöne
Ohrringe 2 M., Säule mit Figur
6 M., Zimmerstisch mit Eisen-
platte, Etäble, Schifffonier, Ver-
tiko, 2 gleiche franzöf. Betten,
schöne franzöf. Bettstelle mit
neuem Kopf und 2 teil. Matrage
zu 50 M., Damenmantel 8 M.,
Adlerstr. 17, 1 Tr. 7637

Wilh. Eckort,
Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfiehlt sein Lager in 1
Taschen- u. Wanduhren.
Billige **Reparatur-Werk-
stätte, Trauringe,** 8 u.
14 Lr. gestempelt, das Paar
v. M. 12—27. Brillen u. Zwicker.

Sanarien-Hänne und Hennen
preiswert zu verkaufen.
Nulshtr. 35, 4. St.
Zu verkaufen: Ein Jaden-
fleisch, Gr. 42, eine Jade, Gr. 44,
sowie ein einf. Gasherd äußerst
billig. **Gerwigstraße 16,**
4. Stod links. 7640

Zu verkaufen: Massen-
Häfen, Tauben, D. R. Sch. 1.1,
2.0, Grünertropfer 1.3, gelbe
Orpington 1.1, Plymouth Rocks,
Minorca und reibhuhnfarbige
Italiener, nur prämierte Aus-
stellungstiere. 7646
Grünwinkel, Gerberstr. 6.

Zu verkaufen: Bett, Kom-
plett, wie neu, 50 M., polierte
Kommode 14 M., Plüschgarnitur
50 M., Rachtisch 5 M., fast neues
Vertiko mit Spiegel 35 M., großer
Spiegel 6 M., Plüschdivan, schön,
Hüchenschrank, Herd, weg, Platz-
mangel sehr billig. 7645
Uhlandstraße 12, barriere.

Gelegenheitskauf!
Ein wie neues, schwarzes
Konfirmandenkleid, mittlere
Größe, billig abzugeben. Anzu-
sehen jederzeit. 7623
Amalienstr. 22, im Laden.

Gut erhaltene Bettstelle mit
Kopf und neuer Matrage ist billig
zu verkaufen. Händler verbeten.
Näh. Kaiserstr. 11, Stb. 2. St. 7628
Selle, gesunde 7638
3 Zimmer-Wohnung
mit Zubehör, Wasser und Gas,
2. Stod, auf April zu vermieten.
Hagsfeld, Wilhelmstr. 2.

G. Döhner, Tapeziergeschäft
Häppurrerstr. 23, Luisenstr. 35
empfiehlt sich im
Tapezieren, Anfertigen und
Anarbeiten von Polster-
möbel und Betten aller Art
bei billiger Berechnung. 7638
Ich kaufe und verkaufe fort-
während getragene Herren- u.
Damenkleider, Schuhe und
Stiefel, aber nur gute Sachen,
zu billigen Preisen. 8971
Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.

Zu vermieten
eine Wohnung von 2 Zimmern,
Küche u. Keller an ruhige Leute.
Näh. Madlener, Häppurrer-
straße 20. 7612

Städt. Vierordtbad
Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder.
I., II. und III. Klasse.
Für Herren und Damen
geöffnet von vormittags
1/8 bis abends 8 Uhr,
sowie Sonntags 1/8 bis
12 Uhr. Samstags eine
Stunde länger, auch über
Mittag geöffnet. 17

Sie finden im
Kaufhaus Zapf
Zell a. H.
eine reiche Auswahl in
moderner
Damenkonfektion.
Ein Besuch lohnt immer.

Soeben eingetroffen: Grosse Posten

Neueste Frühjahrs-Konfektion

aparte Neuheiten in Kostümen, Paletots, Jacketts und Blusen in überaus grosser Auswahl zu ausserordentlich billigen Preisen.

- Aparte Modell-Kostüme in hochmoderner Schoss- und Blusenform, in Moiré, Gabadine, Ramagé, Borkenhaut Mk. 56.00 67.00 78.00 84.00
Schneider-Kostüme, Blusen- und Tailleurform in la Cotelé, Kammgarn- und Fantasiestoffen, auf Seide . . . Mk. 38.00 48.00 48.00
Wohlfelle Kostüme in nur guten Stoffen und Ausführung, schwarz, marine und farbig, besondere Gelegenheit . Mk. 19.75 27.50 34.00
Backfisch-Kostüme, grosse Spezialsortimente, hübsche jugendliche Neuheiten, in marineblau und farbig . . . Mk. 24.50 36.00 45.00

Enorme Posten Blusen sensationell billig

Schöne Wollmousseline-Blusen Mk. 2.95 und 3.25. Reinwollene Popeline- und Crêpon-Blusen Mk. 3.50 und 4.90. Schwarze Wollblusen in Popeline und Crêpe Mk. 5.90, 7.50, 9.75. Grosse Sortimente weisse Wollblusen, neueste chiche Fassons Mk. 3.95, 4.90, 6.50. Wiener Genre in Sport- und Raglanfasson Mk. 8.90, 10.75, 12.75. Weiss seidene Japonblusen Mk. 9.75, 11.75. Seidene Schottenblusen Mk. 7.90. Seidene Blusen mit römischen Streifen Mk. 9.75. Hochelegante Seidenblusen Mk. 16.75, 21.50, 28.50. Schwarze Seiden- und Crêpe de chine-Blusen Mk. 9.75, 16.75, 22.50.

- Farbige Paletots und Mäntel in Popeline und Fantasiestoffen 12.75 17.50 28.50
Schwarze Paletots und Mäntel in la Tuch und Kammgarn 16.75 28.50 31.00
Modell-Paletots in aparten neuen Fassons, Seide, Eolienne etc. 34.00 43.00 50.00
Staub- und Regen-Paletots neueste Raglans- und Gurtfassons 18.75 28.50 29.50
Gummi-Mäntel bestes Garantie-Fabrikat 18.75 26.50 31.00

- Prinzess-Kleider aparte Neuheiten in Wolle und Seide . . 28.50 39.50 48.00
Konfirmanden-Kleider in grosser Auswahl, hübsche Fassons, gute Stoffe 19.75 26.50 31.00
Wollmousseline-Kleider in reizenden Macharten 14.75 18.00 25.00
Morgensröcke, letzte Neuheiten, in Wollcrêpon, Ramagé etc. 13.75 18.50 26.50
Kostümröcke in Cotelé, Kammgarn u. modernen Caros . 8.95 12.75 16.50

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins

Hirt & Sack Nachf.

Erstklassiges Spezialhaus für Damen-Konfektion.

„Deutscher Verein für Volkshygiene“

Donnerstag, den 5. März 1914, abends 7/9 Uhr, im grossen Saale des Rathhauses

Vortrag von Herrn Zahnarzt Kalbe, hier. Thema: Zahnkrankheiten u. deren Beziehungen z. menschl. Körper

Sozialdemokrat. Verein Rüppurr.

Sonntag, den 8. März 1914, abends 7 Uhr, findet im „Gasthaus zum Eichhorn“

öffentliche Versammlung

statt, in welcher Herr Stadtrat Schäfers-Pforzheim über „Lebensfragen des deutschen Volkes“ referieren wird. Freie Diskussion.

Konsum-Verein für Ettlingen und Umgebung

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Berichtung zur Bilanz vom 30. September 1913.

Mitgliederbewegung.

1. Stand am 1. Oktober 1912 248 Mitglieder
Im Laufe des Jahres eingetreten 78

2. Ausgeschieden durch Wegzug und freiwillig 12
Stand am 30. September 1913 309 Mitglieder

Somit beträgt die Zunahme 66

Haftsumme.

Die Haftsumme der Mitglieder betrug: Am 1. Oktober 1912 7290 Mark
Am 30. September 1913 9270

Lieferung von Brennmaterialien.

Für die Heizungsanlagen der Stadtgemeinde Karlsruhe sind für die Zeit vom 1. April ds. Js. bis 31. März 1915 folgende Brennmaterialien zu vergeben:

etwa 45 Tonnen Ruhrfettkohlen, etwa 140 Tonnen Ruhrfettkohlen, etwa 70 Tonnen Anthracit.

Für die Zeit vom 1. Januar 1915 bis 31. Dezember 1917 etwa 2200 Tonnen Kesselkohlen jährlich.

Angebote sind unter Verwendung besonderer Vordrucke portofrei, verschlossen und mit der Unterschrift „Brennmaterialien“ versehen, spätestens bis 12. März ds. Js., vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen.

Die Lieferungsbedingungen sind auf unserem Geschäftszimmer Nr. 10, Kaiser-Allee 11 (Verwaltungsbau II) erhältlich, wofür auch die vorgezeichneten Angebotsformulare verabfolgt werden. Karlsruhe, den 3. März 1914. 7629

Städt. Maschinenbauamt.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe

Am Donnerstag, den 5. März, abends halb 9 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale

Vertreter-Versammlung. Tagesordnung: 1. Innere Angelegenheiten. 2. Beratung eines neuen Kartellstatuts.

Wir erlauben um pünktliches und vollzähliges Erscheinen. Die Kartellkommission.

Gebrüder Scharff

Wir empfehlen: Nudeln für Suppen u. Gemüse

Feinste Griesware per Pfd. 30
Muscheln und Hörnchen per Pfd. 30
fst. Eier-Hausmacher per Pfd. 38

Maccaroni

Qual. IV (Bruch) u 26
Qual. III 30
Qual. II 36
Qual. I 40

In Paketen verschiedener Preislagen.

Mischobst

vorteilhaft gemischt per Pfd. 32 und 40

Dörrobst

Zwetschgen p. Pfd. 24-40
Birnschnitze Pfd. 26
Feigen p. Pfd. 30
Dampfkäse Pfd. 60

Größere Posten Herrenkleiderstoff-Reste

sind enorm billig abzugeben Kaiserstr. 133

1 Treppe hoch 7253

Ede Kaiser- und Kreuzstraße, Eingänge bei der kleinen Kirche.

Restaurant „Goldener Adler“

Spezialauschank der Brauerei Kammerer. Jeden Donnerstag

Schlacht-Tag.

Hochachtend Ernst Müller. 8968

Civil-Hofenschneider

1. Tarif, suchen sofort 7608

Schröder & Fränkel, Hofl., Kaiserstr. 211.

J. Faber, Malergeschäft

12 Hauptstraße 12 7497

empfeilt sich einer verehrlichen Einwohnerschaft für alle in sein Fach einschlagenden Arbeiten bei reeller Bedienung und billiger Berechnung. — Werkstätte Kirchstraße 13.

Bekanntmachung.

Die Kochschule der Mädchenfürsorge betr. Der Badische Frauenverein (Unterabteilung Mädchenfürsorge) hat mit Unterstützung der Stadtgemeinde im I. Stock des Hauses

Kaiserstr. 15, III. Stock, Zimmer Nr. 27) während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen

Karlsruhe, den 26. Februar 1914. Der Stadtrat: Dr. Klein Schmidt. Reudek.

Anstrich von Fahrzeugen

Der Anstrich von 40 Fahrzeugen unseres Betriebes soll vergeben werden. 7632

Schriftliche Angebote sind unter Verwendung der besonderen Vordrucke verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen

spätestens Freitag, d. 13. März 1914, vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Die Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer Nr. 116 zur Einsicht auf, wo auch die Angebotsvordrucke abgegeben werden. Karlsruhe, den 2. März 1914. Städtisches Tiefbauamt.

Liebling- Seife

Seife aller Mütter ist die echte Liebling- Seife

v. Bergmann & Co., Made in Germany

Anarbeiten von Betten u. Polstermöbeln

werden am besten und billigsten besorgt im Polster-Geschäft R. Köhler, Schützenstr. 25. 8707

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten Vom 23. Februar bis 2. März: Klara, Vater Joh. Weg, Wagenaufrichter. Albert, Vater Andr. Geier, Maurer.

Otto Adam, Vater Adam Schilling, Schreiner. Selmut Hermann, Vater Eberhard Mecher, Kaufmann. Emil Heinrich, Vater Frz. Windisch, Fabrikarbeiter.

Todesfälle Vom 23. Februar bis 2. März: Wilhelm Weig, Steuerheber, Chemann, alt 67 Jahre. Anna Luise Rumpf, alt 32 Jahre, Ehefrau des Säugmanns Wilhelm Rumpf. Anna Hammer, alt 83 Jahre, Ehefrau des Maurers Josef Hammer.

Friedrich Weg, Gasarbeiter, Chemann, alt 42 Jahre. Erna, alt 10 Monate 18 Tage, Vater Franz Voigtmayer, Wagenführer.

Hundeversteigerung.

Am Samstag, den 7. März 1914, vormittags 11 Uhr, werden nachverzeichnete Herrenlose Hunde im Hundezwinger des städtischen Balenmeisters, Schlachthausstraße 17, öffentlich gegen Barzahlung versteigert:

- 1. Eine Vogerhündin,
2. Ein Wirehafterrier (Hüde),
3. „ Wirehafterrier (Hüde),
4. „ Dobermannbark (Hüde),
5. „ Schäferhund (Hüde),
6. „ Rotweiler (Hüde),
7. „ Boxterrier (Hüde),
8. „ (Hündin),
9. „
10. „
11. „

Karlsruhe, den 3. März 1914. Städtische Schlacht- und Viehhofdirektion.

Ziehung un widerruflich schon 7. März!

Große Badische Säuglings-Fürsorge-Geld-Lotterie!

2827 Geldgew. ohne Abzug

27 000 M.

1. Hauptgewinn bar: 10 000 M.

326 Gewinne bar: 10 000 M.

2000 Gewinne bar: 7000 Mk.

Losse à Mk. 1.-, 1/2 L. Mk. 10.-, Porto und Liste 30 g empfiehlt Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer, Stralberg L. E., Langstraße 101. Filiale: Kohl a. W., Hauptstr. 41. In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, E. Flöge.

Möbel enorm billig.

1 tüchtig Kleiderschrank . 15.-
Polierter Chiffonier . 38.-
Schreibtische, eleg. . 35.-
Trumeaus, große . 30.-
Bürogederoben, eichen 18.-
Muschel-Divans, eleg. 35.-
Ehrentafeln, gut gearb. 24.-
Puffets, hochfein . 120.-
Eiserne Bettstellen von 8.- an.

Für Brautleute

günstigste Bezugsquelle in Formblechen Einrichtungen. Anerkannt billig und gut.

Möbelhaus Werner

Schloßplatz 13, 7608 Eingang Karl-Friedrichstraße.

Arbeiter

brauchen vollwert. Nahrung. Diese liefert billigst 6901

Reformhaus Kadner

Durlach, Amalienstr. 25

Wäsche weiche ein in Henkel's Bleich-Soda

Kreditwürdige Personen jeden Standes

erhalten Mandolinen, Gitarren, Lauten, Geigen usw. usw. billig und reell auf besond. Zeitabzahlung unter Discretion. Gesf. Zuschriften unter Nr. 7429 an die Exped. d. Bl.

Neuheiten!!

Damen-Kostüme . . . 12.-
Wästen, weiß u. farbig 95.-
Kostümröcke . . . 1.35.-
Untertröcke . . . 95.-
Regenschirme staunend billige

Wilhelmstraße 34, 1 St.

Kein Laden, billige Preise

Kinderliegewagen

verkauft. Ernststraße 63.